

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung

46. Sitzung
19. Februar 2026

Beginn: 14.01 Uhr
Schluss: 17.08 Uhr
Vorsitz: Ülker Radziwill (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Ich rufe auf

Punkt 1 (neu) der Tagesordnung

- | | | |
|----|---|---|
| a) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Hass auf Frauen*: Wie Antifeminismus und männliche Gewalt in Berlin zunimmt!
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) | 0194
IntGleich |
| b) | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/2244
Frauen- und Demokratieprojekte stärken – Antifeminismus bekämpfen | 0189
IntGleich(f)
BildJugFam
Recht
KultEnDe |

Hierzu: Anhörung

Zu diesem Punkt der Tagesordnung möchte ich auch Frau Rabe und Frau Wend aus der Senatsverwaltung SenASGIVA herzlich begrüßen.

Zu Punkt 1 b liegen uns keine Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse vor. Die Sechsmonatsfrist gemäß § 32 Absatz 2 Satz 5 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses ist bereits abgelaufen, sodass die abschließende Beratung trotz fehlender Stellungnahmen nunmehr stattfinden kann.

Ferner möchte ich Sie darauf hinweisen, dass in dem Antrag zu Punkt 1 b im letzten Satz, dritter Spiegelstrich der Passus „noch im Jahr 2025“ steht. Das ist jetzt ein Hinweis an die Antragstellenden. Sofern Sie dies anpassen möchten, könnten Sie das im Rahmen der Begründung Ihres Antrags mit einem neuen Datum versehen und dies entsprechend erklären.

Dann kommen wir zur Begrüßung der Anzuhörenden. Als Anzuhörende begrüße ich hier im Raum Frau Lea Lochau. Sie ist Fachreferentin für Gender und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung. – Herzlich willkommen, Frau Lochau! – Dann werden wir hoffentlich gleich Frau Angélique Yumuşak begrüßen können, Bundesfrauenbeauftragte der Deutschen Polizeigewerkschaft im DBB, die uns eigentlich digital zugeschaltet sein sollte. Wir arbeiten daran.

Dann gehe ich davon aus, dass Sie wieder ein Wortprotokoll möchten. – [Katina Schubert (LINKE): Unbedingt!] – Ich habe es verstanden, das war energisch und laut genug. Dann werden wir das so machen, wir werden ein Wortprotokoll anfertigen lassen. – Einen Dank schon mal vorab an die Protokollantin! – Dann sind wir bei der Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 1 a. Wer möchte begründen? – Frau Dr. Haghanipour hat das Wort. – Bitte sehr!

Dr. Bahar Haghanipour (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Vorab zu Ihrer Frage zu dem Antrag zu Punkt 1 b: Das würden wir auf „2026“ anpassen. – Zu dieser Anhörung heute: Antifeminismus nimmt immer weiter zu. Er ist eine politische Strategie, die Frauenrechte zurückdrehen will und queeres Leben negiert, er ist die Brücke rechtsextremer Strömungen, unter der sie einen gemeinsamen großen Nenner haben, und er ist eine Gefahr für unsere Demokratie. Wir haben diese Anhörung gemeinsam mit der Linken angemeldet, um einen Blick darauf zu richten, wie antifeministische Strömungen in Berlin agieren, welche Gefahren für uns und unser Gemeinwesen davon ausgehen und vor allem, was wir als Parlament tun können, um dieser Gefahr zu begegnen. Dabei sind wir als Politik sehr darauf angewiesen, dass eine starke Zivilgesellschaft und unsere staatlichen Stellen gemeinsam dieses Problem erkennen und bekämpfen. Unsere Aufgabe ist es, diejenigen, die jeden Tag gegen Antifeminismus kämpfen, die Ressourcen und die Unterstützung zur Verfügung zu stellen, die sie brauchen und die sie verdient haben. Einige Punkte, die uns dabei wichtig sind, fordern wir mit unserem Antrag heute auch vom Senat. Ich freue mich, zu diesem wichtigen Thema eine Anhörung zu haben und über diesen Antrag zu beraten.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Möchte die Linke eventuell noch ergänzend mit begründen? – [Katina Schubert (LINKE): Es ist alles gesagt!] – Es ist alles gesagt, wunderbar! – Dann sind wir bei der Begründung von Punkt 1 b. War das eben zusammen, die Gesamtbegründung? – Ja. Dann darf ich der Senatorin das Wort erteilen für eine einleitende Stellungnahme. – Bitte sehr!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) Danke schön, Frau Vorsitzende! – Danke auch für die Begründung dieses Besprechungspunkts und des Antrags, Frau Abgeordnete! – Auch

von mir herzlich willkommen an die Anzuhörende! – Das ist ein sehr wichtiges Thema und eine sehr wichtige Anhörung, wie ich finde, weil wir tatsächlich in den letzten Jahren sehr stark beobachten, dass antifeministische Tendenzen sich in unserer Gesellschaft sehr breitmachen. Besonders besorgniserregend ist dabei auch, dass diese antifeministischen Positionen bis hin in die Mitte unserer Gesellschaft Eingang gefunden haben.

Ja, Antifeminismus ist eine organisierte Strategie. Er richtet sich gezielt gegen feministische Anliegen und versucht, die Rechte von Frauen und queeren Menschen zurückzudrängen. Im Jahr 2022 stimmte ein Viertel der Deutschen antifeministischen Aussagen zu. Das ist sehr besorgniserregend. Unter Männern ist diese Zahl deutlich höher: jeder dritte. Berlin liegt dabei knapp unter dieser Zahl. Besonders betroffen davon sind Frauen in sozialen Medien, wo sich Narrative von Männerrechtsaktivisten schnell verbreiten; Narrative, die viele Frauen natürlich hart treffen, die uns auch hart treffen. Die Algorithmen und Filterblasen verstärken diese Inhalte im Netz, zwingen Frauen zum Rückzug und marginalisieren auch queere Menschen zusätzlich. Gleichzeitig nehmen auch Hass, Hetze und Bedrohungen offline zu. Gleichstellungsbeauftragte und engagierte Frauen sind zunehmend Angriffen ausgesetzt. Diese antifeministischen Einstellungen können nicht isoliert betrachtet werden, sondern sie sind eng verbunden mit männlicher Gewalt, insbesondere gegen Frauen, Partnerinnen, Ex-Partnerinnen sowie trans, inter und nicht-binäre Menschen. Zu den Ursachen gehören Macht- und Kontrollansprüche, tradierte Männlichkeitsnormen und geschlechtsspezifische Ungleichheiten.

In dem Antrag sind Forderungen formuliert, dem zu begegnen. Konkret kann ich sagen: Wir bleiben hier natürlich nicht tatenlos, sondern wir bemühen in Berlin Maßnahmen in der Umsetzung. Wir wollen zum Beispiel mit dem Landesdemokratiefördergesetz auch solche Beratungsstrukturen zur Stärkung der Demokratie, zum Schutz von Menschen verstärken. Wir sind beim Landesdemokratiegesetz aktuell in der Verbändeanhörung. Wir wollen natürlich auch im Bereich Schutz von Frauen, Gewaltschutz vorangehen – das haben wir hier im Ausschuss auch schon erörtert – und sind dabei, das Gewalthilfegesetz des Bundes hier in Berlin umzusetzen, um dem auch mit dem Gewalthilfegesetz begegnen zu können. Darüber hinaus wollen wir auch weitere Punkte angehen. Wir haben auf der Gleichstellungs- und Frauenministerinnenkonferenz verschiedene Anträge eingebracht, zuletzt vor zwei Jahren, so wie ich mich erinnere, auch die Streichung des § 218 – das erwähne ich, weil es Teil des Antrags ist – gefordert und mit einer Mehrheit beschlossen. Das war ein Riesenerfolg damals auf der sogenannten GFMK.

Weitere Forderungen sind nicht in unserer Zuständigkeit, wie zum Beispiel die Forderung zur Unabhängigkeit der Landeszentrale für politische Bildung von der Stabsstelle der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, aber die Vorsitzende hatte ja erwähnt, dass die anderen Ausschüsse das noch behandeln werden. – Danke schön, und ich freue mich auf die Anhörung!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann würde ich dem Staatssekretär für Inneres, Herrn Hochgrebe, das Wort erteilen. – Bitte sehr!

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport): Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Senatorin Kiziltepe! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich bin sehr dankbar, dass ich auch aus dem Blickwinkel der Senatsverwaltung für Inneres und Sport und quasi aus dem Blickwinkel der Sicherheitsbehörden hier zu diesem wichtigen Thema ein paar Worte an Sie

richten darf, weil das ja – das hat Frau Senatorin Kiziltepe ausgeführt – ein Thema ist, das uns wirklich alle gemeinsam bewegt, natürlich in der Federführung der SenASGIVA, aber auch Frau Senatorin Spranger ist das ein wichtiges Thema, das sie sehr hoch priorisiert und wozu wir eng, gut und vertrauensvoll miteinander arbeiten. Deswegen ist das auch mir eine Herzensangelegenheit, und deswegen herzlichen Dank dafür, dass ich das auch einmal aus dem Blickwinkel der Sicherheitsbehörden einordnen darf!

Wenn wir Sicherheits- oder Innenpolitik betrachten, dann reden wir immer von dem Dreiklang Prävention, Intervention und Repression, und das ist, glaube ich, auch in diesem Themenfeld sehr wichtig. Vieles dessen, was als Prävention und auch als Intervention hier schon an richtigen Dingen genannt ist, ist aus meiner Sicht auch sehr richtig. Wenn wir über das Thema Antifeminismus sprechen, dann ist das aus unserer Sicht eine Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und insofern natürlich auch ein Thema der Senatsverwaltung für Inneres und Sport und auch ihrer nachgeordneten Behörden. Deswegen ist mir zunächst die Feststellung wichtig, dass es hier nicht allein um den Bereich Rechtsextremismus geht, sondern dass antifeministische Einstellungen phänomenübergreifend zu beobachten sind. Die Berufung auf patriarchale Geschlechtsverhältnisse und auf ein Prinzip von Über- und Unterordnung zwischen Männern und Frauen findet sich in verschiedenen extremistischen Ideologien wieder. Vor dem Hintergrund des Antrags würde ich Ihnen deswegen gern einen kurzen Überblick über das Gesamtfallaufkommen frauenfeindlicher Straftaten in diesem Phänomenbereich geben, sodass diese Zahlen auch ein bisschen eingeordnet werden können, und versuchen darzustellen, was die Senatsverwaltung für Inneres und Sport an Maßnahmen ergreift, aber wo auch aus meiner Sicht vielleicht noch Verbesserungsbedarf besteht.

Die Polizei Berlin verzeichnete im Jahr 2025 insgesamt 72 frauenfeindliche Straftaten im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität rechts. Das entspricht zwar einem Anstieg, der Großteil dieses Fallaufkommens sind allerdings mit 47 Fällen Beleidigungsdelikte. Vier Fälle wurden den Gewaltdelikten zugeordnet, sie machen also einen relativ geringen Anteil aus. Diese geschilderten Fallzahlen stehen nach meiner festen Überzeugung gleichwohl in einem auffälligen Missverhältnis zu dem, was wir hier miteinander besprechen, auch zur gesellschaftlichen Debatte und auch der Anhörungen, die auch in diesem Ausschuss schon vielfach vorgeführt worden sind. Das ist eine erhebliche Herausforderung, die wir mit dem Dunkelfeld haben. Deswegen sind wir uns, glaube ich, alle miteinander bewusst, dass wir in diesem Phänomenbereich von einem ganz erheblichen Dunkelfeld sprechen.

Im Bereich des Rechtsextremismus und der PMK-rechts knüpft das Phänomen des Antifeminismus natürlich an traditionelle Familienverständnisse, an traditionelle Rollenbilder an, ist aber auch gleichzeitig eng verbunden mit der Ablehnung zentraler Prinzipien unserer demokratischen, unserer pluralistischen Gesellschaft. Über die Konstruktion eines klaren Feindbilds bietet der Antifeminismus seinen Anhängerinnen und Anhängern dann eben Orientierung und aus unserer Sicht ein durchaus bizarres Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb genau dieses Weltbilds. Diese Errungenschaften, die wir gemeinsam erreicht haben, auf die wir auch zu Recht stolz sind, werden als Zeichen von moralischem Verfall, als Angriff auf das Konstrukt einer vermeintlich traditionellen Familie dargestellt. Insofern dienen antifeministische Haltungen als Türöffner für demokratiefeindliche Einstellungen und dann im nächsten Schritt natürlich auch als Einstieg in extremistische Ideologien. Einen großen Anteil daran haben die sozialen Netzwerke – Frau Senatorin Kiziltepe hat das eben schon ausgeführt –, wo auch aus unserer Sicht insbesondere junge Menschen ungeschützt mit antifeministischen Nar-

rativen in Kontakt kommen, die auf den ersten Blick vielleicht harmlos wirken, die oft auch gar nicht als solche zu erkennen sind. Antifeminismus fungiert somit als Einstiegsthema für junge Menschen, ist auch Nährboden für Radikalisierung.

Um diesem Thema die nötige Aufmerksamkeit zu widmen, hat sich die Polizei Berlin ganz frühzeitig an Bund-Länder-offenen Arbeitsgruppen beteiligt, um natürlich immer über den Tellerrand hinausblickend auch die Erfahrungen anderer miteinzubeziehen zur Bekämpfung von geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichteten Straftaten. Die Handlungsempfehlungen, die daraus erwachsen sind, sind alle umgesetzt. Beispielsweise möchte ich den Podcast der Polizei Berlin nennen, „Tatmotiv Hass“ heißt der. Da können Sie alle mal Reinhören, wenn Sie möchten. Die Bemühungen sind vielfältig, insbesondere die Anzeigebereitschaft zu steigern, damit das Dunkelfeld sich immer weiter reduziert und wir wirklich auch für dieses Thema sensibilisieren. Wir arbeiten gleichzeitig natürlich an Ausbildungsinhalten, an Fortbildungsinhalten, daran, neue Vertiefungsgebiete zu schaffen, um diesem Phänomen angemessen begegnen zu können. Auch für die Dienstkräfte das entsprechende Bewusstsein hierfür zu schärfen, spielt eine ganz entscheidende Rolle.

So glaube ich, dass es eine Vielzahl von Maßnahmen sind, die natürlich in der Federführung von SenASGIVA, aber auch mit den Instrumente der Sicherheitsbehörden in Betracht genommen werden müssen, auch mit der Landeskommission Berlin gegen Gewalt, die ja in der SenInnSport verortet ist, um hier im Sinne von Prävention, Intervention und Repression diesem Phänomenbereich entgegenzuwirken. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann starten wir mit der Stellungnahme der Anzuhörenden Frau Lochau hier im Raum. – Sie haben jetzt das Wort. Nach Ihrer Stellungnahme folgt dann die Runde der Abgeordneten mit ihren Fragen, und Sie haben danach noch mal die Gelegenheit, auf diese zu reagieren. Bitte sehr, Sie haben das Wort!

Lea Lochau (Amadeu Antonio Stiftung): Vielen Dank! – Wie eben schon in der Einführung erwähnt: Antifeminismus ist kein Randphänomen. Antifeminismus hat viele Gesichter und ist tief in der Gesellschaft verankert, auch in Berlin. Er zeigt sich in Form von Sexismus, in Form von Homophobie, Trans- und Queerfeindlichkeit und in Form von Antigleichstellung. Er reicht von strukturellen Angriffen auf Gleichstellungspolitikern über digitale Hetze bis hin zu körperlicher Gewalt etwa im Kontext sogenannter „Pedo-Hunting“-Exzesse. Antifeminismus stellt die Gleichwertigkeit infrage, einen Grundpfeiler der Demokratie. Er definiert Geschlechterhierarchien als „natürlich“ und legitimiert damit Ungleichheit als gesellschaftliches Ordnungsprinzip. Wir erleben aktuell einen Backlash traditioneller Geschlechterbilder. Antigleichstellungs- und Antigenderpolitiken normalisieren rechtsextreme Vorstellungen und greifen Menschen, Institutionen und unsere Demokratie an.

Antifeminismus ist kein Meinungsstreit. Er ist ein Nährboden für Gewalt, und Gewalt entsteht nicht im luftleeren Raum. Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen weist seit Jahren immer wieder darauf hin, dass Gewalt nicht einfach so entsteht. Gewalt ist Ausdruck von gesellschaftlichen Strukturen, verfestigter Rollenbilder und sozialer Prägungen. Wenn antifeministische Ideologien erstarken, dann steigen auch Legitimation und Enthemmung für Gewalt. Was Betroffene längst spürbar am eigenen Körper wahrnehmen müssen, belegen Zahlen. Die aktuelle Dunkelfeldstudie zeigt deutlich: Frauen sind am häufigsten insbesondere von sexueller Gewalt und Stalking betroffen. Jüngere Men-

schen sind bei nahezu allen Gewaltformen deutlich häufiger betroffen. Personen mit Migrationshintergrund weisen tendenziell höhere Gewaltbetroffenheiten auf, Frauen mit Migrationshintergrund teilweise besonders stark. Queere Personen sind am allermeisten von Gewalt betroffen. Die Anzeigequoten über alle Gewaltformen hinweg sind niedrig. Während wir also auf der einen Seite primär männliche Täter haben, sind vor allem junge Frauen, queere Menschen und Menschen mit Migrationsgeschichte am häufigsten betroffen von dieser Form von Gewalt.

Kommen wir zu Berlin: Auch hier finden Angriffe auf queere Clubs, auf Cafés, auf Bildungsorte und Jugendeinrichtungen statt. So hat zum Beispiel das Berliner Register im Jahr 2024 520 queerfeindliche Vorfälle registriert, und das Berliner Monitoring queerfeindliche Gewalt von Camino verzeichnet jährlich steigende Zahlen. Angriffe auf und Störungen von Christopher Street Days haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Der Sicherheitsreport der Amadeu Antonio Stiftung aus dem letzten Jahr dokumentierte 110 Störungen bei 245 CSDs bundesweit, davon 53 nachweislich durch rechtsextreme männliche Jugendliche. Die ideologische Mobilisierung und erhöhte Gewaltbereitschaft von primär jungen Männern wird sichtbar auf der Straße, bei Demonstrationen, im digitalen Raum, in der Arbeit von Gleichstellungsbeauftragten und an Schulen. Das zeigen auch die steigenden Anfragen aus diesen Bereichen, die uns tagtäglich erreichen.

Antifeminismus ist Infrastruktur, die Gewalt gegen Frauen, Mädchen und queere Menschen begünstigt. Frauenhass erscheint zunehmend als einstellungsbezogene, politisch motivierte Hasskriminalität und verbindet Gewalt mit frauenfeindlichen und antifeministischen Ideologien. Das Internationale Zentralinstitut für das Jugend- und Bildungsfernsehen hat zu einer Befragung darüber, wie toxische Männerbilder für Jungen attraktiv werden, folgende Ergebnisse bekannt gegeben: Besorgniserregend ist vor allem der Befund, dass rund 26 Prozent der Jungen ein Weltbild zeigen, das geprägt ist von der Vorstellung einer natürlichen männlichen Dominanz, politisch rechter Orientierung und Queerfeindlichkeit. So stimmen etwa 63 Prozent dieser Gruppe der Aussage zu, mit der Demokratie unzufrieden zu sein, und nur 43 Prozent befürworten gleiche Rechte und Chancen für Männer, Frauen und nicht-binäre Personen.

Antifeminismus ist also etwas, wo es auch politische Verantwortung braucht. Er ist ein verbindendes Element zwischen Alltagssexismus, digitaler Hetze und rechtsextremer Gewalt. Wenn Gleichstellungspolitik angegriffen wird, dann betrifft das nicht nur einzelne Gruppen, es betrifft die demokratische Substanz in unserer Stadt. Wer Frauen, Queers und ihre Rechte und Gleichstellung angreift, der greift nicht nur einzelne Menschen an, sondern das Fundament von unserer Demokratie. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Frau Lochau, auch für die sehr klaren Worte! – Jetzt ist es so: Normalerweise wäre jetzt Frau Yumuşak dran. Wir haben gerade ein technisches Problem festgestellt. Wir haben ihr jetzt gerade noch mal den Link geschickt. Ich würde Sie um eine Minute Geduld bitten. Vielleicht klappt das; wenn nicht, fangen wir mit den Wortmeldungen der Abgeordneten an. Aber die eine Minute bitte ich noch um Geduld. – So, ich denke, wir fangen jetzt erst mal mit den Wortmeldungen der Abgeordneten an und hoffen, dass Frau Yumuşak sich dann noch mal einschalten kann. Wir werden sehen, wie es sich entwickelt. Ich habe jetzt hier schon drei Wortmeldungen. – Frau Schubert, bitte!

Katina Schubert (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Frau Lochau, für Ihre Expertise! – Auch vielen Dank an die Verwaltung, in dem Fall an Staatssekretär und Senatorin! Das war schon, fand ich, auch noch mal sehr erhellend. – An Frau Lochau: Vielleicht können wir noch mal vertiefen, welche Rolle der Antifeminismus im Rechtsextremismus spielt, also auch welches verbindende Element er darstellt, welche Rolle dieser Männlichkeitskult oder -wahn dort spielt, welche verschiedenen Milieus das anspricht, welche rechtsextremen Jugendgruppen jetzt speziell in Berlin eine wichtige Rolle im Zusammenhang auch mit Gewalt gegen Frauen und queere Menschen spielen und was aus Ihrer Sicht notwendig ist für Frauen und queere Menschen in Anbetracht der steigenden Herausforderung, der steigenden Gewaltzahlen. Das wären meine Fragen an Frau Lochau.

Jetzt in Richtung SenASGIVA: Gibt es schon Bewertungen zu dem Zusammenhang zwischen Antifeminismus und steigender Gewalt gegen Frauen in Berlin? Haben Sie dazu nähere Hinweise und nähere Erkenntnisse? Gibt es Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Bildung im Bereich Gewaltprävention? Es geht hier ja vor allem vor dem Hintergrund steigender Zahlen geschlechtsspezifischer Gewalt um Programme zur Prävention von Antifeminismus und toxischen Männlichkeitsbilder an Schulen. Gibt es hier eine Zusammenarbeit, oder ist vorgesehen, gemeinsam etwas an Förderprojekten auf den Weg zu bringen? Welche Konzepte verfolgt die Verwaltung gegen digitalen Antifeminismus, gegen Hasskampagnen und digitale Gewalt gegen Frauen? Gibt es schon entsprechende spezielle Beratungsangebote für Betroffene dieser zunehmenden Gewaltformen?

Und an Herrn Hochgrebe: Die kürzlich veröffentlichte Dunkelfeldstudie des BKA und des Bundesministeriums für Frauen zeigt, dass insbesondere Frauen, junge Menschen, Personen mit Migrationshintergrund und queere Menschen besonders von Gewalt betroffen sind, und nach wie vor ist es so, dass 19 von 20 Taten nicht angezeigt werden. Das heißt, was tut die Senatsverwaltung für Inneres gemeinsam mit der Polizei, um das Vertrauen in die Ermittlungsbehörden so zu stärken, dass es auch tatsächlich zu Anzeigen kommt, um im ersten Schritt das Dunkelfeld zu erhellen und im zweiten Schritt natürlich auch präventiv vorgehen zu können? Auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Gewalt: Hält die Senatsverwaltung es für zielführend, in der PKS beziehungsweise in der Statistik zur Politisch motivierten Kriminalität Frauenhass oder Misogynie als eigenständiges Erfassungskriterium auszuweisen, damit man hier mehr Kenntnis hat? Und: Sehen Sie es angesichts der hohen Fallzahlen im Bereich häuslicher Gewalt für notwendig an, mithilfe von zusätzlichen Staatsanwältinnen oder beschleunigter Verfahren die hohe Zahl von Anzeigenrücknahmen und damit auch die entstehenden Lücken in der Strafverfolgung zu verringern? Das wäre noch mal sehr spannend. Und, aus Ihrer Sicht, Sie haben ja auch die Verfassungsschutzbehörde in Ihrem Haus: Welche Rolle spielen eigentlich antifeministische Narrative im Bereich des Rechtsextremismus und anderer extremistischer Milieus? Gibt es Beobachtungen zu einer Vernetzung von Onlinehassräumen und realer Gewalt in Berlin?

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat Frau Golm jetzt das Wort. – Bitte!

Mirjam Golm (SPD): Vielen Dank! – Ich möchte Frau Lochau fragen, welche Mobilisierungskanäle besonders genutzt werden und ob dabei Mobilisierungskanäle benutzt werden, die sowieso demokratiefeindliche Strömungen benutzen, also ob das so zusammengeht, und wie das gerade bei jungen Leuten ist, bei Social Media, oder wie sich das verbreitet. Und mich würde interessieren, was man dagegensetzen kann. Es ist ja so, dass insbesondere diese jungen Männer mit ihrer toxischen Männlichkeit das ungefiltert überall verbreiten können und sich auf sonst was berufen, und das ist eben ein Problem. Was denken Sie, was müsste man aus Ihrer Sicht dagegensetzen? Muss es in den Schulen anfangen, muss es auch im Netz anfangen? Wie soll man dem begegnen?

Und an die Senatsverwaltung, an Herrn Hochgrebe, hätte ich die Frage: Wird aus Ihrer Sicht Hasskriminalität im Netz in Berlin ausreichend nachgegangen, werden Täter genug in die Pflicht genommen oder bestraft, oder gibt es da durchaus Lücken, sodass alle das Gefühl haben, man kann sich einfach zu jedem Problem äußern? Und welche Verzahnung müsste es vielleicht mit Schulen, mit Jugendämtern, mit besonderen Einrichtungen geben? – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Niemczyk, Sie haben jetzt das Wort. Bitte sehr!

Aldona Maria Niemczyk (CDU): Vielen herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, liebe Frau Lochau, lieber Herr Staatssekretär Hochgrebe, für Ihre Beiträge! – Ich habe zuerst eine Frage an Sie, Frau Lochau, und zwar: Wenn die Gewalt primär auf der Straße passiert, was kann man Ihrerseits unternehmen, um das Sicherheitsempfinden im öffentlichen Stadtraum zu erhöhen, damit niemand weniger am gesellschaftlichen Leben teilnimmt, zum Beispiel abends rauszugehen, wo dunkle Stellen sind, zum Beispiel dunkle Parks et cetera? Was die steigenden Zahlen an Übergriffen uns zeigen, das ist tatsächlich auch mein Empfinden. Ich bin bestimmt keine ängstliche Person, aber manche Ecken sind wirklich ziemlich erschreckend, und diese Rückspiegelung bekomme ich auch von vielen, insbesondere Frauen, die mein Bürgerbüro aufsuchen und das Thema ansprechen.

An Sie, Herr Staatssekretär Hochgrebe, hätte ich eine Frage statistischer Natur: Wie sehen die Statistiken aus? Wie viele Frauen bringen solche Straftaten tatsächlich zur Anzeige? Wie werden sie verfolgt? Wie viele solcher Fälle werden statistisch gesehen geklärt und kommen zur Verurteilung? Was mich diese Woche sehr erschreckt hat, war, dass ein Vergewaltigter freigelassen wurde, weil von den Richtern irgendwelche Fristen versäumt wurden. Das ist zwar der Bereich Justiz, aber das hat mich total schockiert.

Und noch zu den Präventionsprogrammen gegen Antifeminismus: Sie müssen an alle jungen Männer in allen gesellschaftlichen Schichten adressiert werden, nicht an einzelne Gruppen. Das ist meiner Meinung nach ein gesamtgesellschaftliches Thema. – Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat jetzt Frau Dr. Haghanipour das Wort. – Bitte sehr!

Dr. Bahar Haghanipour (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank an die Anzuhörende Frau Lochau für ihren Input und auch an Senatorin Kiziltepe für die Stellungnahme! Ich habe ein paar Fragen vor allem zur politischen Dimension und dazu, was wir tun können. – Frau Lochau, an Sie die Frage: Was bräuchten Sie, um Schutz zu haben für Stiftungen wie die Ihre, wo Sie arbeiten, aber auch in gesellschaftlicher Dimension? Sie haben ja

Beispiele genannt: Bildung, Gleichstellungsbeauftragte et cetera sind besonders betroffen. Was braucht es hier, sprich zum Beispiel Fortbildungen, Projektförderungen oder Kampagnen? Wir haben auch von Lola, der Meldestelle für Antifeminismus, eine Stellungnahme erhalten, in der ein Gesamtkonzept zur Prävention und zum Umgang mit Frauenfeindlichkeit und die Weiterentwicklung von Präventions- und Sicherheitskonzepten vorgeschlagen werden. Inwiefern würden Sie diese Vorschläge und Empfehlungen befürworten oder hier etwas anders sehen? Und gibt es etwas darüber hinaus, was Sie uns mitgeben wollen, wo Sie sagen, dort würden Sie politischen Handlungsbedarf sehen?

Meine letzte Frage geht in die Richtung: Frau Senatorin hat ja auch schon die GFMK genannt, die dazu getagt und Antifeminismus als Problem identifiziert hat und dann in ihrem Beschluss auch gefordert hat, die ressort- und länderübergreifende Zusammenarbeit hierzu zu konkretisieren. Hierzu die Frage an den Senat – vielleicht wollen Sie sich das aufteilen, vielleicht möchte der Staatssekretär etwas zur ressortübergreifenden Zusammenarbeit sagen und Sie zur länderübergreifenden –, was der Senat hier in den letzten zwei Jahren konkret getan hat. Das würde mich interessieren. – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: So, dann sind wir mit der Runde der Abgeordneten durch. Dann würde ich erst einmal der Senatorin das Wort übergeben für die Beantwortung ihrer Fragen. – Bitte sehr!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank! – Es waren ja einige Fragen. Ich möchte gleich von der Gleichstellungs- und Frauenministerinnenkonferenz – ich glaube, es sind nur Frauen, deshalb muss ich auch nicht gendern – berichten. Wir sind sehr eng mit den anderen Bundesländern dabei, im Rahmen einer GFMK-AG Antifeminismus – die heißt auch speziell so – darauf hinzuwirken, dass die GFMK-Beschlüsse auch auf Bundesebene gehört werden. Diese Fachministerinnen- und -ministerkonferenzen fällen ja Beschlüsse; sie sind für die Bundesregierung nicht bindend. Trotzdem freue ich mich, dass diese Beschlüsse zum Anlass genommen werden und die Ansprache durch die AG Antifeminismus der Gleichstellungs- und Frauenministerinnenkonferenz eben auch Gehör auf Bundesebene findet. Dazu haben natürlich auch diverse Studien zu Deepfakes beigetragen, die im Ergebnis aufzeigen, dass 97 Prozent der Deepfakes sich auf Frauen beziehen. Ich freue mich auch sehr darüber, dass die Bundesministerin Stefanie Hubig jetzt aktuell im Januar 2026 angekündigt hat, gegen die Deepfakes im Netz gegen Frauen, gegen den Antifeminismus verstärkt vorzugehen.

Eine zentrale Erkenntnis bei dem Ganzen ist tatsächlich, dass die Datengrundlage verbessert werden muss. Wir brauchen eine systematische Erfassung der Vorfälle, um Prävention besser möglich zu machen. Ich will auch einige Sachen nennen, die wir jetzt schon machen. Heute wurde der Deutschland-Monitor veröffentlicht. Das sind bundesweite Befragungen, aber es gibt auch, glaube ich – ich habe mir das noch nicht angeschaut, es wurde erst heute veröffentlicht –, regionale Spezifika, die dort genannt werden. Am Montag werden wir, werde ich im Rahmen einer Pressekonferenz unseren Berlin-Monitor vorstellen. Auch dort sind diese Erhebungen noch mal nachzulesen. Im letzten Berlin-Monitor hatten wir festgestellt, dass es eine steigende Zustimmung zu antifeministischen und sexistischen Aussagen gibt, insbesondere unter jüngeren Menschen. Wir haben darüber hinaus auch die Leipziger Autoritarismus-Studie der letzten Jahre, die zeigt, dass bis zu 25 Prozent der Befragten für ein geschlossenes antifeministisches Weltbild empfänglich sind, häufig verbunden mit weiteren menschenfeindlichen Einstellungen. Darüber hinaus hat Frau Lochau auch die von unserem Haus finanzierte

Studie erwähnt, das Berliner Monitoring queerfeindliche Gewalt, das von Camino durchgeführt wurde und das wir Ende vorletzten Jahres vorgestellt haben. In dieser Studie sehen wir eben auch, dass wir einen kontinuierlichen Anstieg queerfeindlicher Gewalt haben. Wir haben darüber hinaus natürlich auch noch das Berliner Register. In allen diesen Bereichen sehen wir, dass frauenfeindliche Inhalte und Bedrohungen im digitalen Raum auch hier zunehmend festgestellt und dokumentiert werden.

Wir machen auch vieles in dem Bereich, es gibt viele Maßnahmen des Landes Berlin. Ich hatte bereits die GFMK genannt und dort die aktive Mitarbeit in der AG Antifeminismus und unsere einschlägigen Beschlüsse als Antragsteller auf der GFMK. In der Abteilung Antidiskriminierung und Vielfalt, auch das hatte ich bereits erwähnt, wollen wir für Berlin ein Landesdemokratiefördergesetz, das aktuell in der Verbändeanhörung ist. Zu nennen sind auch die LSBTIQ+-Aktionspläne, die wir seit 2010 umsetzen, und die Entwicklung einer Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit, die jetzt bald im Senat zum Beschluss vorliegt. Eine Vertiefungsstudie zu Transfeindlichkeit, die wir auch beauftragt hatten, liegt bereits vor, und eine Studie zu häuslicher Gewalt in queeren Beziehungen soll noch in diesem Quartal veröffentlicht werden. Wir versuchen also durch unsere Maßnahmen, die wir hier in Berlin umsetzen, dem Antifeminismus und queerfeindlicher Gewalt entgegenzutreten. – Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann darf ich dem Staatssekretär Christian Hochgrebe das Wort geben. – Bitte sehr!

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich danke recht herzlich für die Nachfragen, soweit sie an mich gerichtet waren, und werde versuchen, die einmal zu beantworten. Natürlich hat auch der Berliner Verfassungsschutz – ich hatte etwas pauschal „die Sicherheitsbehörden“ gesagt, aber dazu gehört natürlich auch der Berliner Verfassungsschutz – sozusagen als Frühwarnsystem unserer demokratischen Grundordnung das Phänomen im Blick. In der verfassungsschutzrelevanten rechtsextremistischen Szene Berlins spielt das Thema Antifeminismus bislang noch keine dominierende Rolle. Gleichwohl ist es so, dass auch in dieser frauenfeindliche und sexistische Äußerungen und Darstellungen verbreitet und rezipiert werden. Insofern ist das durchaus ein Thema, das auch der Verfassungsschutz entsprechend mit im Blick hat.

Was tun wir insgesamt, was tun die Sicherheitsbehörden im Sinne von Prävention, Intervention, aber auch im Sinne von Repression? – Ich hatte ja versucht, eingangs schon ein klein wenig auszuführen, dass wir – – und insofern ist die Frage völlig richtig gestellt worden: Wie kriegen wir das Dunkelfeld heller? Wie bekommen wir weniger Dunkelfeld und mehr Hellfeld? – Das funktioniert nur dann, wenn wir die Anzeigebereitschaft steigern, wenn wir das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden in diesem Zusammenhang steigern, und deswegen ist das etwas, wo jedenfalls wir mit der Polizei Berlin ganz intensiv daran arbeiten zu sensibilisieren, dass das ein Phänomenbereich ist, wo man Anzeige erstatten muss. Nur dann, wenn uns eine Anzeige vorliegt, können wir sozusagen aus dem Blickwinkel der Sicherheitsbehörden anfangen, auch repressiv tätig zu werden. Das sind in der Tat Zahlen, die man am Ende auch in Statistiken messbar nachverfolgen kann und mit denen man dann auch wirklich arbeiten kann.

Insofern ist das ein ganzes Bündel von Maßnahmen, eine Vielzahl von Maßnahmen. Ich hatte eingangs beispielsweise den Podcast hervorgehoben. Das ist aber natürlich nur eine Maßnahme. Es geht darum, so wie wir das auch im LSBTIQ+-Bereich machen, konkrete Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den entsprechenden Kiezen zu schaffen, in Schöneberg in diesem konkreten Bereich, wo Vertrauen aufgebaut wird. Das geht nicht von heute auf morgen. Das ist ein Prozess, daran müssen wir weiter arbeiten. Das tun wir aber auch ganz intensiv. Das geht aber zum anderen auch damit, dass wir unsere Dienstkräfte zu diesem Thema weiter schulen, weiter fortbilden, weiter sensibilisieren, dass wir das in die regelmäßige Aus- und Fortbildung mit einfügen, dass wir Vertiefungsgebiete schaffen, wie diesem Phänomenbereich angemessen begegnet werden kann, und dass das Bewusstsein der Dienstkräfte geschult wird.

Natürlich spielt auch das Thema Radikalisierungs- und Extremismusprävention eine ganz entscheidende Rolle, um Antifeminismus erfolgreich zu bekämpfen. Die Landeskommision Berlin gegen Gewalt hatte ich eingangs schon eingeführt mit der Auffassung, dass geschlechterreflektierende Angebote als Querschnittsaufgabe verstanden und auf verschiedenen Ebenen umgesetzt werden müssen, dass insbesondere junge Menschen erreicht werden müssen. Es ist ja auch in den Ausführungen von Frau Lochau zum Ausdruck gekommen, dass es insbesondere junge Männer sind, die ein Weltbild haben, das nicht unseres ist, und wo wir entgegenwirken müssen, wo wir die Resilienz steigern müssen gegenüber Abwertungs- und Ungleichheitsideologien. Es ist eine Vielzahl von Maßnahmen, die dazu beitragen, mit systematischer Fort- und Weiterbildung; dass wir auch neue Entwicklungen, neue Erkenntnisse gezielter und schneller in die Praxis überführen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Stärkung der Wissenschaft und der Forschung hier eine ganz entscheidende Rolle spielt, um mehr Raum zu schaffen für den Austausch in diesem Phänomenbereich, dass wir aber auch ganz frühzeitig an die jungen Menschen heranmüssen, um – ich würde es jetzt mal nennen – Medienkompetenz zu lehren, mehr, als wir das möglicherweise bisher tun, damit schon in einem sehr frühen Entwicklungsstadium deutlich wird, dass das Internet kein rechtsfreier Raum ist, dass man eben auf Instagram, auf TikTok, auf Snapchat und so weiter und so fort nicht sagen kann, was einem gerade durch den Kopf geht, sondern dass auch dort die Regeln unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung gelten; das alles vielleicht etwas simplifizierend unter meinem Stichwort Medienkompetenz zusammengefasst. Es ist aber natürlich ganz klar, dass die Polizei Berlin Straftaten verfolgt, egal wo sie geschehen; ob auf der Straße, ob im Internet, ist die Straftat natürlich gleichwohl eine Straftat und wird entsprechend dem Legalitätsprinzip, an das wir gebunden sind, auch verfolgt.

Insofern ist es richtig – das ist in Ihrer Frage deutlich geworden –, dass natürlich auch solche Fragen wie Sicherheit und Sauberkeit, mit denen wir uns ganz intensiv beschäftigen, für das Sicherheitsgefühl eine ganz entscheidende Rolle spielen und in den Blick genommen werden müssen – daran wird aber auch intensiv gearbeitet, beispielsweise mit Beleuchtungskonzepten et cetera pp. –, aber dass natürlich auf der anderen Seite die Arbeit der Polizei nicht dann erledigt ist, wenn die Fälle ausermittelt und an die Justiz übergeben worden sind, sondern dort auch zu Ende bearbeitet werden müssen. Ich möchte mich ungern in den Zuständigkeitsbereich einer anderen Senatsverwaltung einmischen, nämlich der Senatsverwaltung für Justiz. Das machen andere anders, die immer mal wieder gerne in meinem Zuständigkeitsbereich meinen, sie müssten Ratschläge abgeben. Das tue ich für die Justiz ausdrücklich nicht. Richtig

ist aber natürlich, dass das durchaus frustrierend ist, wenn Fälle, die wir mit hohem Aufwand ausermittelt haben, dann Ewigkeiten dauern, bis sie von der Justiz abgearbeitet worden sind. Dass aufgrund von Verfahrensfehlern, weil die organisatorischen Voraussetzungen an den Gerichten offenbar nicht ausreichend geschaffen worden sind, schwerste Straftäter dort wieder entlassen werden müssen, ist für die Polizei Berlin, die diese Straftaten mit hohem Aufwand ermittelt und verfolgt, auch die Straftaten im Bereich Antifeminismus – – Wenn dann solche Dinge passieren, ist das unglücklich. Wir tun das in unserem Zuständigkeitsbereich mit hoher Intensität und, glaube ich, mit dem erforderlichen Bewusstsein für die Wichtigkeit dieses Themas, über das wir hier sprechen. – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Lochau, dann haben Sie jetzt das Wort und können gerne auf die vielen Fragen Ihre Antworten geben. Eine zeitliche Begrenzung gibt es in dem Fall jetzt nicht in Minutenform; aber im gebotenen Zeitrahmen. Bitte sehr!

Lea Lochau (Amadeu Antonio Stiftung): Vielen Dank! – Ich freue mich sehr über so viele inhaltliche Fragen. Ich versuche, in der Reihenfolge, wie die Fragen gestellt wurden, zu antworten. Ich beginne mit der Frage nach der Rolle von Antifeminismus im Rechtsextremismus und welche Funktion Antifeminismus dort innehat. Es wurde vorhin auch von Herrn Staatssekretär erwähnt: Antifeminismus fungiert als Einstiegsideologie, Antifeminismus radikalisiert also niedrigschwellig. Das bedeutet, solche Begriffe – wir kennen Sie alle – wie „Genderwahn“ wirken unverfänglich und anschlussfähig und öffnen Tür und Tor für autoritäre, nationalistische und auch rassistische Weltbilder. Er wirkt also als Brückenideologie. Antifeminismus verbindet an dieser Stelle Milieus, die sich politisch sonst vielleicht gar nicht treffen würden, er ist also in der Mitte der Gesellschaft verankert und baut dann die Brücke in beispielsweise das rechtsextreme Lager. Ein gemeinsames Moment des Antifeminismus sind an der Stelle die Ablehnung von gleichstellungspolitischen Entwicklungen und gemeinsame Feindbilder wie zum Beispiel queere Menschen. Und Antifeminismus mobilisiert. Er ist ein sehr großer Mobilisierungsfaktor im Bereich Rechtsextremismus. Das sehen wir im Bereich Gleichstellung, das sehen wir aber auch im Bereich Vielfalt und Rechte für Frauen und die LGBTIQ+-Community, und das sehen wir auch in den Angriffen auf Christopher Street Days, dass das ein sehr großer oder der größte Mobilisierungsfaktor war, weshalb so viele rechtsextreme Jugendliche auf die Straße gegangen sind und gehetzt haben und gewalttätig geworden sind. Das heißt, er bietet klare Feindbilder – Feministinnen und Feministen, queere Menschen, „Genderideologie“ – und schafft starke „Wir gegen die“-Narrative. Das ist die Funktion von Antifeminismus im Rechtsextremismus, der eben gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit fördert und damit natürlich demokratische Kultur untergräbt. Ich hoffe, das beantwortet die erste Frage.

Dann gab es die Frage: Welche Rolle spielt Männlichkeit? –, weil natürlich eines sehr auffällig ist: Es wird dominiert von jungen – und auch nicht jungen – Männern. Hier sehen wir vor allem, dass uns gerade im schulischen Kontext Anfragen erreichen, worin immer wieder vorkommt, dass beispielsweise von „Alpha Males“ die Rede ist und einfach eine gewisse Männlichkeitsperformance total dominiert. Wir nennen das auch soldatische Männlichkeit, also eine Männlichkeit, die zum einen jegliche Form von Weiblichkeit ablehnt und die vor allem Männlichkeit überhöht, also die sich über alle anderen stellt und sozusagen der Hüter der Familie, der Nation und des Patriarchats ist. Das ist ungefähr die Rolle von Männlichkeit, die wir dort wiederfinden und die aber leider eben auch anschlussfähig ist an eine hegemoniale Männlichkeit, also all das, was wir im digitalen Raum wahrnehmen von Männlichkeitscoa-

ches et cetera. – – dass die eben immer anschlussfähiger wird an eine hegemoniale Männlichkeit. Hier sehen wir eben auch die Gefahr, ähnlich wie bei Antifeminismus, als Brückenideologem. Und die Folge zeigt sich auch hier wieder in Angriffen auf CSDs, in Angriffen auf queere Menschen und Jugendzentren und in antifeministischen Haltungsmustern.

Dann gab es die Frage nach rechtsextremen Jugendgruppen in Berlin und welche Rolle die hier spielen. Zum einen beobachten wir, und auch das Berliner Register hat eine hervorragende Recherche dazu erstellt, dass regionale Ableger von rechtsextremen Jugendgruppen wie Deutsche Jugend Voran oder Junge Nationalisten oder der Jugendgruppe von Der III. Weg vor allem in Ostberlin sehr präsent sind und hier auch räumliche Dominanz ausüben, also immer selbstbewusster auf die Straße gehen. Sachbeschädigung ist etwas, was in den letzten Jahren zugenommen hat in Form von Stickern, Scheiben wurden eingeworfen, oder auch Cafés wurden angegriffen. Was aber am heftigsten ist, sind die physischen Angriffe, die auch in Berlin durch diese Gruppen steigen. Im letzten Jahr gab es zwei, die möchte ich ganz kurz anführen. Das war einmal, als Anhänger von Der III. Weg eine Bar in Berlin-Friedrichshain mit Baseballschlägern angegriffen und mehrere Menschen ziemlich heftig zusammengeschlagen haben, und ein anderes Beispiel: am helllichten Tag am S-Bahnhof Ostkreuz, wo zwei Journalistinnen, die vorher in Bautzen beim CSD fotografiert hatten, von zwölf Neonazis zusammengeschlagen wurden; zwölf auf zwei. Das zum Thema rechtsextreme Jugendliche in Berlin.

Dann kam, ich glaube, zweimal die Frage: Was braucht es eigentlich, also was muss dem entgegengesetzt werden? – Ich würde versuchen, diese beiden Fragen zusammenzufassen. Zum einen: Es braucht nach wie vor eine konsequente Gleichstellungspolitik. Es braucht nach wie vor die Stärkung von Präventions- und Beratungsstrukturen und nicht Kürzungen, es braucht nach wie vor eine klare Haltung gegen antifeministische und rechtsextreme Ideologien, aber es braucht vor allem eine ganz verlässliche Förderung für Monitoring, Gleichstellungsarbeit, Bildungsarbeit, Vernetzungsarbeit, Prävention und Unterstützung von Betroffenen. Und Sicherheit kostet. Sicherheit ist, genau wie Prävention, etwas, was kostet. Gerade, weil die aktuellen Zahlen, die wir heute auch hier gehört haben, und die Lageberichte zeigen, wer die vulnerablen Gruppen sind, darf in diesen Bereichen nicht gekürzt werden. Dann würde ich auch noch dafür plädieren, dass eine interdisziplinäre Zusammenarbeit sehr wichtig ist, also dass gerade beispielsweise zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure mit Verwaltungen zusammenarbeiten und sich da auch gegenseitig briefen, weil oft sozusagen der Wissenstransfer gar nicht gut funktioniert. Hier braucht es mehr Fortbildungen und mehr interdisziplinäre Zusammenarbeit.

Dann gab es noch die Frage, ich glaube, auch in Bezug auf rechtsextreme Jugendliche, welche Mobilisierungskanäle präsent sind und genutzt werden. Zum einen ist es Social Media. Via Instagram werden rechtsextreme Jugendliche rekrutiert oder Jugendliche angesprochen, via WhatsApp ist auch etwas, was relativ neu ist – seit ungefähr ein, zwei Jahren ist das ein Trend –, und Telegram, aber das eher in den älteren Strukturen. Was aber sozusagen ein Offlinephänomen ist, wo rekrutiert wird, ist die Fußballszene, also einmal die Fußballhooliganszene, aber auch die Fußballszene; dass ganz konkret und speziell in Vereine gegangen wird und junge Männer dort von rechtsextremen Parteien und Bewegungen rekrutiert werden. Und die Kampfsportszene ist auch noch ein Bereich.

Habe ich eine Frage vergessen? – Auf Ihre Frage, wie das Sicherheitsempfinden erhöht werden könnte, hat, finde ich, Herr Staatssekretär schon eine sehr gute Antwort gegeben, die ich so gar nicht geben kann, aber auch dort würde ich für eine interdisziplinäre Zusammenarbeit und eine sichere Förderstruktur plädieren. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Frau Lochau! Ich fand Ihre Ausführungen sehr bereichernd und sehr informativ – im Namen des Ausschusses einen Dank an Sie! – Ja, ich glaube, da kann man den Dank auch noch mal unterstützen! – Für Sie zur Information: Wir haben Frau Yumuşak jetzt mehrfach den Link zugeschickt, per Mail, aufs Handy, wir kommen an sie leider nicht heran. Wir haben auch versucht, übers Handy anzurufen. Es tut mir leid. Sie hat es versucht, wir haben am Anfang noch Kontakt gehabt, es ist jetzt leider nicht mehr geglückt. Vielleicht können wir das bei einer anderen Gelegenheit in einer anderen Form noch nachholen. Ich möchte mich aber bei den Anzuhörenden für ihre Bereitschaft bedanken und insbesondere bei Frau Lochau, dass sie heute hier war und uns Rede und Antwort gestanden hat. Ich möchte mich auch bei dem Staatssekretär Herrn Hochgrebe für sein Kommen bedanken. Das Zeitfenster von einer Stunde haben wir, glaube ich, ganz gut genutzt.

Es gibt ja bei dem Tagesordnungspunkt unter b noch einen Antrag von den Antragstellern. Bisher sind wir mit Anträgen, die mit einer Anhörung verbunden waren, so umgegangen, dass wir das vertagt haben, bis das Wortprotokoll vorliegt. Wenn aber die Antragsteller eine Abstimmung heute möchten, dann können wir auch anders verfahren. Das möchte ich erst mal abgeklärt haben. Durch das zustimmende Kopfnicken von Frau Haghanipour – – Für das Protokoll muss ich es ja einmal laut kundtun. Das Protokoll hat keine Augen in dem Sinne; also, die Protokollantin schon. Jedenfalls habe ich das jetzt verbalisiert. Dann werden wir zur Abstimmung kommen zu Tagesordnungspunkt 1 b, Drucksache 19/2244, einem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte – mit dem geänderten Datum –, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion Die Linke. Wer ist dagegen? – Das ist die Koalition, CDU und SPD, und die AfD. – [Zuruf von Katina Schubert (LINKE)] – Ich habe Frau Schuberts Einwurf leider akustisch nicht verstanden, sorry! – [Zuruf von Katina Schubert (LINKE)] – Wir hatten eben in der Aussprache die Gelegenheit, das zu erörtern. Wenn keine Wortmeldungen dazu gegeben worden sind, obliegt das den Wortmeldenden. Mehr kann ich dazu von hier aus nicht erzwingen. – Dann haben wir ein Ergebnis: Punkt 1 a wird entsprechend vertagt, bis das Wortprotokoll vorliegt, darüber haben wir Einvernehmen erzielt, und Punkt 1 b ist soeben abgestimmt worden. Die Beschlussempfehlung gebe ich entsprechend weiter. Somit sind beide Punkte abgearbeitet.

Dann noch mal einen Dank an die Anzuhörenden! Herrn Hochgrebe entlassen wir hier aus dieser Runde und wünschen viel Erfolg in den anderen Runden. – Ebenso Frau Lochau: Wenn Sie möchten, können Sie unserer Sitzung noch folgen, ansonsten viel Erfolg auch für Ihre anstehenden Punkte!

Punkt 2 (neu) der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 (neu) der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann rufe ich auf

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0246](#)
Alleinerziehende auf dem Arbeitsmarkt: Zugänge, IntGleich
Schranken und Sprungbretter
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

Hierzu: Anhörung

Ich darf die Anzuhörenden, die schon im Raum sind, herzlich nach vorne in die Reihe direkt vor dem Monitor bitten. Dort sind Namensschilder aufgestellt. Bitte nehmen Sie schon mal Platz! Ich werde Sie gleich noch mal einzeln begrüßen und aufrufen.

Ich gehe davon aus, dass Sie ein Wortprotokoll möchten. – Das wird bejaht. Dann verfahren wir so. Für die Begründung des Besprechungsbedarfs zu TOP 4 darf ich zuerst Frau Niemczyk das Wort erteilen, dann Frau Golm. – Bitte sehr!

Aldona Maria Niemczyk (CDU): Vielen herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Ein herzliches Willkommen auch von mir an die Anzuhörenden und ein großes Dankeschön dafür, dass Sie sich Zeit genommen haben, um über dieses wichtige Thema zu sprechen! Wir, die Koalition, haben das Thema auf die Tagesordnung gesetzt, weil es uns ein besonderes Anliegen ist, mit dem Mythos aufzuräumen, Alleinerziehende würden nicht arbeiten. Alleinerziehende auf dem Arbeitsmarkt sind keine Randgruppe, im Gegenteil, sie sind überwiegend erwerbstätig. Dass Alleinerziehende dennoch ein erhöhtes Armutsrisiko haben, liegt vor allem an ihrer Einkommenssituation, die durch unzureichende Infrastruktur und unflexible Arbeitsbedingungen zusätzlich verschärft wird. Vor welchen Hindernissen Alleinerziehende stehen und welche Chancen sich bieten, wollen wir heute diskutieren. Ich freue mich deshalb darauf zu erfahren, was in den vergangenen Jahren unternommen wurde, um Alleinerziehende sichtbar zu unterstützen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Golm, Sie haben das Wort.

Mirjam Golm (SPD): Vielen Dank! – Ich wollte noch mal für uns als SPD-Fraktion klarstellen: Alleinerziehend zu sein ist nicht ein bedauernswerter Zustand, sondern eine gewählte Form von Familie, die man lebt. Unsere Aufgabe ist es, die Randbedingungen so zu gestalten, dass das auch möglich ist, dass Erwerbsarbeit sich einpasst, Qualifizierungsmaßnahmen sich einpassen, dass Wohnmöglichkeiten vorhanden sind, und genau darum geht es uns hier in der Anhörung: Wo sind Zugänge noch blockiert? Welche Instrumente funktionieren bereits gut?

Und: Wo können wir landespolitisch zur Unterstützung von Alleinerziehenden – wir tun ja schon eine ganze Menge – noch ein bisschen was tun? – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann darf ich ganz herzlich unsere Anzuhörenden jetzt noch mal formvollendeter begrüßen. Ich darf in alphabetischer Reihenfolge Frau Melanie Otto begrüßen, sie ist Geschäftsführerin im Verband alleinerziehender Mütter und Väter Landesverband Berlin e. V. – herzlich willkommen! –, dann darf ich ganz herzlich Frau Pauline Potschka begrüßen, sie ist von der Koordinierungsstelle für das Netzwerk Alleinerziehende in Friedrichshain-Kreuzberg – auch Ihnen ein herzliches Willkommen! –, und Frau Natascha Tegeler, sie ist Leitung Bildung, Coaching & Caring Community und Projektentwicklung bei Goldnetz GmbH/e. V. Herzlich willkommen auch an Sie!

Dann darf ich jetzt erst mal der Senatorin das Wort für eine einleitende Stellungnahme erteilen. – Bitte sehr!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank! – Ich freue mich auch ganz besonders, dass wir diese Anhörung heute haben, Frau Vorsitzende – herzlich willkommen auch von mir an die Anzuhörenden! –, weil wir mittlerweile berlinweit ein sehr intensives Netzwerk haben, was Unterstützung von und Beratungsangebote für Alleinerziehende angeht. Berlin ist die Stadt der Alleinerziehenden. In Berlin sind 80 Prozent der Alleinerziehenden Frauen, und wir wollen mit unserem Landesprogramm Alleinerziehende diese Frauen unterstützen. Dazu haben wir bereits in den letzten drei Jahren sehr intensiv gearbeitet. Wir haben jetzt in jedem Bezirk eine Koordinierungsstelle, und wir haben die Landeskoordinierung eingeführt und auch personell gestärkt.

Mir war es auch möglich, einige Koordinierungsstellen in den Bezirken zu besuchen. Das Angebot, das dort gemacht wird, ist wirklich essenziell und sehr wichtig, gerade auch deshalb, weil Frauen natürlich von Entgeltungleichheit betroffen sind, geringere Aufstiegschancen haben, schlechter bezahlt werden und auch eher in prekären Berufen tätig sind, Kinderbetreuung kommt dann natürlich noch hinzu, aber auch Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die sensibel auf diese Situation reagieren können. All das wird durch die Koordinierungsstellen in den Bezirken als Anlaufstellen geleistet. Es ist also ein Gesamtkonzept, wo an alles gedacht wird, beraten wird, um diese Frauen, die Alleinerziehenden, wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren und Aufstiege möglich zu machen. – Danke für Ihre Arbeit, die Sie in diesem Rahmen leisten!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dem Dank können wir uns alle natürlich anschließen, das tun wir sehr herzlich. Noch mal auch von meiner Seite ein großes Dankeschön! – Jetzt würde ich gerne mit Ihren Stellungnahmen beginnen. Haben Sie sich untereinander verständigt, wer starten soll? – Das macht Frau Potschka. Dann hat sie das Wort. – Vor Ihnen, vor dem Monitor ist unten eine Uhr, die gleich mitläuft, wenn Sie starten; gute fünf Minuten, wenn es sechs, sechseinhalb sind, ist alles noch im Rahmen, in Ordnung. Danach kommt die Fragerunde der Abgeordneten, und danach können Sie noch mal antworten. – Dann, bitte sehr, starten wir mit Ihrer Stellungnahme!

Pauline Potschka (Koordinierungsstelle für das Netzwerk Alleinerziehende in Friedrichshain-Kreuzberg): Alles klar, super! Vielen Dank! – Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Ausschussvorsitzende! Sehr geehrte Senatorin! Sehr geehrte Staatssekretärin! Sehr geehrte

Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung! Mein Name ist Pauline Potschka, ich bin die Koordinierungsstelle für das Netzwerk Alleinerziehende in Friedrichshain-Kreuzberg. Mein Bezirk hat in meiner Arbeit den Fokus auf Ausbildung und Beschäftigung für Alleinerziehende gelegt, denn Friedrichshain-Kreuzberg ist wie ganz Berlin mit einem hohen Anteil von Einelternfamilien belegt, beziehungsweise, ein hoher Anteil lebt dort. Jede dritte Familie ist dort alleinerziehend, und überwiegend sind dies Frauen.

Ich arbeite eng und kontinuierlich mit zentralen arbeitsmarktpolitischen Akteurinnen und Akteuren im Bezirk zusammen. Das ist das Jobcenter Berlin Friedrichshain-Kreuzberg, das ist die Wirtschaftsförderung Friedrichshain-Kreuzberg, das ist das bezirkliche Bündnis für Wirtschaft und Arbeit, und das ist der Friedrichshain-Kreuzberger Unternehmerverein. Diese Zusammenarbeit zeigt sehr deutlich, dass Alleinerziehende ein enormes Fachkräftepotenzial haben, aber sie stoßen immer wieder auf massive strukturelle Hürden. Erstens, die Realität; hohe Motivation, hohe Qualifikation, aber geringe Chancen: Aus meiner Praxis kann ich sagen, viele Alleinerziehende sind hoch qualifiziert, belastbar, loyal und extrem gut organisiert. Was ihnen fehlt, ist nicht Motivation, sondern das sind verlässliche Rahmenbedingungen.

Alleinerziehende treffen auf einen Arbeitsmarkt, der oft noch von Präsenzkultur, unflexiblen Arbeitszeiten, Teilzeit als Karrieresackgasse und implizierten Vorurteilen geprägt ist. Gleichzeitig tragen sie die alleinige Verantwortung für die Care-Arbeit und die Organisation von Betreuung, Krankheitsausfällen, Schulzeit und Ferien. Vereinbarkeit ist für Alleinerziehende keine Lifestyle-Entscheidung, sondern eine Grundvoraussetzung, um überhaupt arbeiten zu können. Das zeigen auch die Zahlen. In Berlin liegt der SGB-II-Bezug bei Alleinerziehenden bei rund 45 Prozent, häufig trotz Erwerbstätigkeit. Dies ist kein individuelles Versagen, sondern Ausdruck struktureller Probleme.

Zweitens, die Fachveranstaltung 2025, Stimmen aus der Praxis, Wirtschaft und Politik: Am 10. November 2025 haben wir gemeinsam mit der Landeskoordinatorin Anett Dubsy die Fachveranstaltung „Unverzichtbar im Beruf, stark im Alltag – die alleinerziehende Fachkraft“ durchgeführt. Über hundert Teilnehmende aus ganz Berlin – Alleinerziehende, Unternehmen, Personalverantwortliche, Politik, Jobcenter und Gewerkschaften – haben sehr klar benannt, wo die Probleme liegen. In einer interaktiven Mentimeter-Umfrage wurden die großen Hürden benannt: mangelnde Vereinbarkeit von Erwerbs- und Care-Arbeit, fehlende Flexibilität und Vorurteile im Bewerbungsprozess oder im Arbeitsalltag. Gleichzeitig wurden die Gelingfaktoren deutlich benannt: verlässliche, flexible Arbeitszeiten, Vertrauen durch Führungskräfte, echte Karrierechancen auch in Teilzeit, Jobsharingmodelle auch auf Führungsebene. Die Senatorin hat dort auch sehr klar benannt und formuliert – ich zitiere –:

„Nur qualifikationsangemessene, existenzsichernde Arbeit bietet Alleinerziehenden eine echte Zukunftsperspektive – beruflich wie im Alter.“

Drittens: Unternehmen wollen, aber sie brauchen Unterstützung. In der Zusammenarbeit mit Unternehmen erlebe ich immer wieder: Viele Betriebe wollen familienfreundlich sein und wären dies auch, gerade im Fachkräftemangel, aber sie brauchen Orientierung, Beratung, konkrete Unterstützungsmaßnahmen, gute Praxisbeispiele und verlässliche Netzwerke. Alleinerziehende sind für Unternehmen kein Risiko, sondern ein Gewinn. Sie bringen Verantwortungsbewusstsein, Pragmatismus und hohe Loyalität mit sich. Das haben auch Unternehmerinnen und Unternehmer auf ihren Podien klar bestätigt. Was fehlt, sind strukturierte Brü-

cken zwischen Arbeitsmarktpolitik, Wirtschaftsförderung, Jobcentern und Gleichstellungspolitik. Genau hier leisten wir, die Koordinierungsstellen, einen zentralen Beitrag.

Was es braucht: Aus meiner Sicht braucht es fünf zentrale Weichenstellungen; erstens: verlässliche, ausfinanzierte Kinderbetreuung entlang realer Arbeitszeiten inklusive Randzeiten, Ferien und kurzfristiger Ausfälle, damit Erwerbsarbeit für Alleinerziehende überhaupt planbar ist, zweitens: flexible, planbare Arbeitszeitmodelle mit echten Aufstiegschancen und Rückkehrperspektiven, drittens: Perspektivwechsel in der Verwaltung und auch in Jobcentern, weg von Defizit- und Misstrauenslogik hin zur ressourcenorientierten Förderung von Alleinerziehenden als Fach- und Führungskräfte, viertens: verlässliche Regelfinanzierung für Koordinierungs- und Beratungsstrukturen statt Projektpolitik, fünftens: eine klare politische Haltung gegen Stigmatisierung und konservative Rollbacknarrative.

Zum Schluss – ich bin noch in der Zeit –: Alleinerziehende sind keine Randgruppe. Sie sind eine tragende Säule unserer Gesellschaft und unseres Arbeitsmarkts. Wenn wir wollen, dass Berlin eine moderne, gerechte und wirtschaftlich starke Stadt bleibt, müssen wir Alleinerziehende konsequent mitdenken, in Arbeitszeitmodellen, Personalpolitik, Förderprogrammen und in der Gesetzgebung. Vereinbarkeit ist eine Gerechtigkeitsfrage. Sie ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Liebe Frau Potschka, vielen Dank für Ihren Beitrag! Das ist alles noch im Zeitrahmen, alles wunderbar. – Wer möchte gerne folgen? – Frau Tegeler, dann haben Sie das Wort. Bitte sehr! – Sie müssten bitte ins Mikrofon sprechen, sonst können wir das protokollarisch hier nicht erfassen.

Natascha Tegeler (Goldnetz gGmbH/e. V.): Vielen Dank, auch für den Hinweis! Ich bin zum ersten Mal in dieser Runde. Vielen Dank für die Einladung schon mal! – Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Name ist Natascha Tegeler, und ich komme von Goldnetz gGmbH/e. V. Wir sind ein Träger – für die, die uns nicht kennen –, der seit 1990 Frauen auf dem Weg in Arbeit begleitet. Wir haben über zehn Jahre lang sehr erfolgreich Projekte für Alleinerziehende durchgeführt, haben heute noch sehr viele Alleinerziehende im Einzelcoaching und haben derzeit zwei sehr große bundesfinanzierte und ESF-Plusfinanzierte Projekte, in denen wir vor allem zugewanderte Frauen in den Arbeitsmarkt begleiten. Derzeit sind es fast 800, vielleicht um eine Zahl zu nennen.

Mit Zahlen würde ich auch ganz gerne weitermachen. In Berlin – das hat meine Kollegin ja schon gesagt – sind nämlich gut 30 Prozent der Familien mit minderjährigen Kindern Einelternfamilien. Gut 85 Prozent dieser Familien werden von Frauen geführt. Der Prozentsatz der Einelternfamilien, die auf unterstützende Leistungen – erzieherische Hilfen, SGB-II-Bezug – angewiesen sind, variiert dabei in den Bezirken stark. Es sind in Steglitz-Zehlendorf nur ungefähr 23 Prozent und fast 50 Prozent in Spandau.

Bundesweit – hier habe ich leider keine Zahlen für Berlin gefunden – liegt dabei der Anteil von Frauen mit Migrationserfahrung laut der Bertelsmann Stiftung bei 38 Prozent. Wir ahnen alle, dass auch die Frauen aus der Ukraine, die jetzt gerade von Integrationskursen ausgeschlossen werden, in diese 38 Prozent fallen, die im Bund vertreten sind.

Alleinerziehende, so sie erwerbstätig sind, stehen gewöhnlich zwischen 5 und 5.30 Uhr auf. Ihr Arbeitstag endet gegen 22 Uhr. Danach haben sie Bereitschaftsdienst im Falle von Alpträumen, Krankheit, Brechanfällen, Ängsten, wie auch immer. Und wir wissen alle, was Bereitschaftsdienst, also keine Pause zu haben, mit der Gesundheit anstellt. Aus diesem Grund würde ich gerne mit einem Punkt anfangen, nämlich: Was brauchen diese in Berlin circa 65 000 Vorstehenden von Einelternfamilien nicht? – Circa 65 Prozent der Alleinerziehenden, die erwerbstätig sind, arbeiten in Teilzeit. Die Frauen, die bei uns in der Beratung sind, die Alleinerziehenden, die wir in der Beratung haben, trauen sich auch aufgrund der Vereinbarkeit oftmals nicht mehr zu, als in Teilzeit oder vollzeitnaher Teilzeit zu arbeiten, weil sie keine Möglichkeit sehen, mit fragiler Kinderbetreuung, Care-Aufgaben, fehlender Unterstützung in Bringdiensten und so weiter und so fort mehr Stunden zu stemmen. Was diese Frauen nicht brauchen, ist, wie es gerade in der Bundesdiskussion geschieht, eine Stigmatisierung ihres Einsatzes für sie und ihre Familien als „Lifestyle-Teilzeit“.

Der sehr hohe Anteil zugewanderter Alleinerziehender braucht zudem nicht den Ausschluss aus der Regelsprachförderung, wie es jetzt durch die Beschlüsse des Bundes zustande gekommen ist, somit die Verhinderung von Teilnahmen an Integrationskursen. Die Wiederholerkurse – die statistisch zumindest in unserem Haus sehr häufig von Alleinerziehenden in Anspruch genommen wurden, weil die Singles es nicht schaffen, nach Besuch des Kurses bis in die Abendstunden noch ihr Deutsch zu praktizieren, an Sprachtandems teilzunehmen und so weiter, also zu üben und zu üben und zu üben – sind ja schon seit einem halben Jahr gestrichen, sodass im Prinzip auch heute schon ein großer Anteil alleinerziehender Frauen ohne B1-Qualifizierung aus diesem Sprachkurs herausgeht und im Falle der Ukrainerinnen ja auch von der Regelsprachförderung in Zukunft ausgeschlossen sein wird.

Was die zugewanderten Frauen auch nicht brauchen, sind jahrelange Anerkennungsprozesse, sehr hoch bürokratisierte Anerkennungsprozesse, die eine qualifikationsadäquate Beschäftigung verhindern und somit wieder zu Familienarmut, Frauenarmut und Kinderarmut beitragen, und später auch zur Altersarmut von Frauen. Was diese Frauen brauchen, sind schnelle Anerkennungsprozesse. Aus der Ukraine zum Beispiel – ich bringe mal zwei Beispiele aus unserer Praxis – haben wir zwei Frauen. Die eine ist promovierte Ingenieurin, die putzt jetzt in einem Restaurant. Ansonsten haben wir eine Psychologin, die inzwischen heimlich Ukrainerinnen therapiert, also persönliche Gespräche mit ihnen führt, weil ihr die Anerkennung verweigert wird, obwohl wir dringend Psychologinnen mit ukrainisch-russischen Sprachkenntnissen brauchen.

So weit vielleicht zu den Punkten, die diese Frauen nicht brauchen. Was brauchen Alleinerziehende, um in den Arbeitsmarkt einzusteigen? – Ganz voran brauchen wir einen Kulturwandel. Diese Frauen, die aus den unterschiedlichsten Gründen oftmals jahrelang aus dem Arbeitsmarkt raus sind, sind auch durch die Debatten, wie ich sie gerade schon zitiert habe, von Stigmatisierung und Ausgrenzung betroffen, auch von gesellschaftlichem Ausschluss. Die Arbeit, die sie leisten, die Care-Arbeit, die sie leisten, wird immer noch nicht anerkannt, sondern, wenn sie nicht arbeiten, über sie gelacht und so weiter und so fort, oder, wenn sie

nur in Teilzeit arbeiten, das Ganze eben als „Lifestyle-Teilzeit“ degradiert. Wir brauchen also eine Anerkennung von Care-Arbeit als gesellschaftlich notwendige Arbeit, ohne die unsere Gesellschaft sich nicht reproduzieren kann.

Daran anknüpfend brauchen wir einen Kulturwandel, wie meine Kollegin auch schon sagte, auf Arbeitgebendenseite. Die Berichte, die wir von Frauen immer bekommen, reichen vom Ansprechen auf Lücken im Lebenslauf, die keine Lücken, sondern Erziehungszeiten sind, und auf nicht qualifikationsadäquate Beschäftigung, die jetzt eine qualifikationsadäquate Beschäftigung verhindert, da sie ja in den letzten drei bis vier Jahren angeblich keine Berufserfahrung gesammelt hätten, und so weiter, bis hin zum Nicht-Denken von flexiblen Arbeitszeitmodellen, dem Nicht-Denken von zum Beispiel geteilter Führung als normales Modell auf dem Arbeitsmarkt, von Führen über Ziele anstatt von Anwesenheit et cetera, um nur ein paar Beispiele zu nennen, die Frau Potschka ja auch schon angesprochen hat. Dass diese ganzen Sachen von den Arbeitgebenden nicht gemacht werden, führt eben dazu, dass die meisten statisch gesehen – wirklich sehr viele alleinerziehende Frauen – unter ihrer Qualifikation arbeiten, und das in einer Gesellschaft, in der händeringend nach Fachkräften gesucht wird.

Es ist ja nicht so, dass wir nicht eigentlich schon ganz viele Sachen ausprobiert und erfolgreich auch evaluiert haben, die für Alleinerziehende funktionieren, also für diese über 60 000 Alleinerziehenden, die im SGB-II-Bezug sind, vielleicht ihre Teilzeit ausbauen oder ganz neu in den Arbeitsmarkt einsteigen wollen. Womit wir in unserer Praxis sehr gute Erfahrungen gemacht haben, sind aufsuchende und wohnortnahe Angebote. Eine Frau, die – bleiben wir mal beim Beispiel Spandau – im Falkenhagener Feld oder in der Heerstraße Nord wohnt, wird mit großer Wahrscheinlichkeit nicht an einem unserer Superangebote in Berlin-Mitte teilnehmen, weil es schlicht nicht vereinbar ist. Wir brauchen also die arbeitsmarktpolitischen Angebote für alleinerziehende Frauen in den Quartieren, also dort, wo die Frauen sind. Unserer Erfahrung nach hat sich ansonsten auch ein Angebot als sehr gut erwiesen, das drei Komponenten hat. Das ist ein Mix von Gruppen- und Individualangeboten und zugleich Coaching und Begleitung für Arbeitgebende. Gruppenangebote dienen dabei den Alleinerziehenden, die oft unter Einsamkeit und Vereinzelung leiden, zur Netzwerkbildung. Sie schaffen Alltagsroutinen, die berufsbezogen sind, erweitern den Horizont im Austausch mit anderen, dienen der Kompetenzwiederentdeckung und Kompetenzerweiterung, stärken das Selbstwirksamkeitsempfinden und führen so auch dazu, dass die Frauen Mut haben, sich qualifikationsadäquat zu bewerben.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Tegeler! Ich unterbreche ungern hier vorne.

Natascha Tegeler (Goldnetz): Ich beeile mich!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Alles klar, darum bitte ich! Sie sind jetzt schon bei neun Minuten.

Natascha Tegeler (Goldnetz): Oh, Entschuldigung! Das Thema ist so aufregend. – Dann gibt es die Individualangebote, also individuelle Leitung in den Arbeitsmarkt, ganz speziell auf einzelne Frauen zugeschnitten, die Begleitung nach der Erwerbsaufnahme und schlussendlich auch Coaching von Unternehmen, die sie einstellen, um das zu erreichen, was Frau Potschka auch schon gesagt hat: die Kultur in den Firmen zu ändern. Was uns das alles für die Gesell-

schaft bringt, ist, glaube ich, klar: Es ist Armutsprävention und insofern auch kostengünstiger als andere Maßnahmen.

Vielleicht noch ein ganz kleiner Gedanke zum Schluss: Wir von Goldnetz würden uns wünschen, dass Modelle der Caring Community, die für die Pflege im Alter gedacht werden, ganzheitlich gedacht werden, generationsübergreifend und auf alle Care-Bereiche ausgewirkt, weil wir sowohl für die Pflege im Alter wie auch für die Versorgung von Kindern in einer Stadt wie Berlin die Dörfer nachbauen müssen, die es in ländlichen Bezirken so noch gibt. – Vielen Dank für Ihre Geduld!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Frau Tegeler, für Ihre Stellungnahme! – Dann hat jetzt Frau Otto das Wort. – Auch bei Ihnen läuft die Uhr mit, wenn ich darauf bescheiden hinweisen darf. Danke schön! Bitte, Frau Otto!

Melanie Otto (Verband alleinerziehender Mütter und Väter Landesverband Berlin e. V.): Vielen Dank! – Erst mal freue ich mich, mit ganz wichtigen Kooperationspartnerinnen und -partnern von uns hier sitzen zu dürfen. – Also auch danke an euch für die tolle Arbeit, die ihr leistet! – Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Mitglieder des Abgeordnetenhauses! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörende! Vielen Dank für die Einladung! Mein Name ist Melanie Otto. Ich spreche heute als Geschäftsführerin des Landesverbands alleinerziehender Mütter und Väter Berlin, als Mitglied im Berliner Familienbeirat und der UAG Gesundheit für Alleinerziehende der LGK, als Fachkraft, als Arbeitgeberin und auch als Mutter zu ihnen; als Mutter, die weiß, wie es sich anfühlt, wenn der Kalender voller ist als der Tag Stunden hat, wenn ein Anruf aus der Schule alles ins Wanken bringt, wenn man dann bis in die Nacht arbeitet, weil es nicht anders geht, weil es so erwartet wird, und zwar vor allem von mir; wenn man Termine koordiniert, das Kind tröstet, sich über einen Therapieplatz freut, von dem man aber nicht weiß, wie ihn das Kind überhaupt wahrnehmen soll. Ich weiß, wie es ist, wenn wieder ein Unterhaltsvorschussbrief mit neuen und intimen Fragen einen Tag zu lange auf dem Schreibtisch liegt und die Panik einer Streichung in einem brodelt; wie es ist, Notfallszenarien zu planen, falls die ergänzende Kinderbetreuung nach ihren Uniprüfungen krank wird.

Ich kenne es auch, glücklicherweise aus fern wirkender Vergangenheit, wenn man als qualifizierte Alleinerziehende mit kleinem Kind bei der Agentur für Arbeit als „nicht vermittelbar“ zum Jobcenter geschickt wird, weil frau keine Kinderbetreuung hat und zuvor nur selbstständig im Ausland tätig war. Ich kenne es, wie man dann an einem Tag dreißig Bewerbungen für Kindertageseinrichtungen schreibt und sie persönlich vorbeibringt. Gott sei Dank hat sich da im Moment etwas getan; in der Situation wäre ich wahrscheinlich an dem Punkt nicht mehr, aber bei mir war es eben so. Ich weiß auch, wie es ist, wenn man zwei Minuten zu spät zu einem Jobcenter-Termin kommt, weil das Kind in dieser neuen, fremden Umgebung nach Ortswechsel, Vater im Ausland und neuer Sprache, denn es war vorher von anderer Sprache umgeben, nicht beim Babysitter bleiben möchte, und wie Scham und Wut sich mischen, wenn der zuständige Mitarbeiter einen nicht einmal ansieht, wenn er mitteilt, der Termin könne nun nicht mehr stattfinden, ich müsse mich mal besser organisieren, schließlich arbeite ich nicht einmal. Ich kenne es, einen Midijob in meinem Fachgebiet nicht zu bekommen, nachdem ich eröffne, dass ich alleinerziehend bin, mit der Begründung, ich könne unmöglich mein Kind und mich davon versorgen. Vielleicht ist das auch eine weise Voraussicht von diesem Arbeitgeber gewesen, denn wir reden ja auch über prekäre Lebenslagen, aber es war eben in dem

Fall nicht meine Entscheidung. Ich weiß auch, wie es ist, wenn man dann fachfremde Hilfsjobs annimmt und auf einmal alle Zuschüsse wegfallen und de facto weniger übrig bleibt als vorher, und ich weiß auch, was es dann heißt und was für eine Bedeutung es hat, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber an seiner Seite zu wissen, die Widersprüche zu abgelehnten Anträgen in der Arbeitszeit gemeinsam mit einem verfassen, weil sie einfach verstanden haben, dass ich es nie und nimmer schaffen werde, das nach der Kitazeit zu tun.

Ich war zeitweise also Teil dieser 41 Prozent, von denen die Bertelsmann-Studie 2024 berichtet hat, und damit Teil der armutsgefährdeten Alleinerziehenden, und ich gehöre nicht mehr dazu; dank mir, aber auch dank Menschen, die die Lebenssituation berücksichtigten und Vertrauen schenkten und Chancen gaben – wir reden ja heute hier auch über Chancen –, aber es ist einfach sehr viel davon abhängig, welche Menschen auf der anderen Seite sitzen und wie viel Glück man hat, und davon sollte es einfach nicht abhängen. Ich kenne auch den Vorwurf, als Mutter zu viel zu arbeiten. Ich weiß, wie es ist, wenn das Kind nicht mehr mit einem spricht, weil es stimmt, dass ich zu viel gearbeitet habe; wie es ist, wenn ein Fünfjähriger zu Recht fordert: Zu Hause bleibt der Laptop aus! – Ich kenne abschätzige Bemerkungen, wenn ich weniger arbeite. Ich kenne alle Arten von Blicken, wenn das Kind einfach zu Abendveranstaltungen mitkommt, denn es will doch die Menschen sehen, mit denen ich so viel Zeit verbringe, und zwar so viel mehr als es selbst. Und ich weiß, wie versöhnlich das sein kann, denn wenn das Arbeitsumfeld sich darauf einlässt, dann passiert nämlich etwas ganz anderes: Die Ablehnung wandelt sich um in etwas – – Also es werden jetzt eben Geburtstagskarten oder Geburtstagsdinge für die Leute gemalt, und es fühlt sich zugehörig, denn Arbeit ist für so ein Kind irgendwie auch Familie, weil sie so viel Raum einnimmt.

Ich habe sehr damit gehadert, ob ich Ihnen preisgebe, dass mein heutiges Fallbeispiel persönlich ist. Es ist kein Einzelfall, es gibt auch andere, aber es ist eben mein Beispiel, deswegen kann ich es mit Ihnen offen teilen, denn das Muttersein und die professionelle Frau leben losgelöst voneinander, und so wird es auch erwartet. Und genau das muss sich ändern, politisch, gesellschaftlich und auf dem Arbeitsmarkt. Es ist viel, für das ich als Mutter, als Frau Verantwortung übernehme, viel davon gern, jeden Tag, ohne Pause, auch für andere, und nicht einmal die Hälfte davon wird entlohnt. Es ist selbstverständlich, sollte es aber nicht sein. Ich arbeite gern, gern im sozialen Bereich, manchmal zeitweise und lieber in vollzeitnaher Teilzeit, meistens in Vollzeit, weil der Bedarf von Alleinerziehenden groß ist und weil ich so privilegiert bin, dass mein Arbeitsort mit all dem vereinbar ist, denn ich habe absolute Arbeitsplatz- und Arbeitszeitsouveränität, die das möglich machen, was selbstverständlich sein sollte, es aber auch nicht ist. Ich weiß, dass es ein Privileg ist, und diese Voraussetzungen haben nicht alle Eltern, noch weniger alleinerziehende.

Alleinerziehende sind eine heterogene Gruppe, deswegen habe ich mich dafür entschieden, einfach mein Beispiel zu nehmen. Sie werden oft als Superheldinnen und -helden bezeichnet. Auch ich tue das, und wir haben auch Karten hier, die das noch mal zeigen, und ich sage es auch in meinen Elternkursen selbst. Und ja, sie leisten Enormes, aber ich möchte eines sagen: Ich kenne keine Superheldinnen und -helden im Umhang. Ich kenne Eltern, die alles möglich machen, Hürden nehmen, stolpern, wieder aufstehen. Superkräfte sind manchmal aber auch aufgebraucht, und ein scheinbares Superheldinnen- und -heldendasein bleibt nicht immer ohne Folgen, wie auch die Studie des RKI zur Gesundheit von Alleinerziehenden und die Landesgesundheitskonferenz deutlich machen. Viele dieser Folgen sind aber vermeidbar, da strukturell bedingt beziehungsweise verstärkt. Ich kenne Frauen – überwiegend Frauen –, die

morgens funktionieren müssen, weil niemand sonst da ist. Ich kenne Mütter, die rechnen, bevor sie einkaufen, die Überstunden ablehnen, weil die Kita um 16.30 Uhr schließt, die doch noch weiterarbeiten, wenn das Kind schläft; Alleinerziehende, die mehr arbeiten als alle im Kollegium, damit ihre Familienform ihnen nicht auf die Füße fällt, nicht als Schwäche ausgelegt wird, und die nachts trotzdem wachliegen und sich fragen, ob ihre Rente reichen wird. Das ist Realität vieler Alleinerziehender in Berlin, und wie wir eben schon gehört haben, stellt es über ein Drittel aller Berliner Familien dar, und 80 Prozent davon sind Frauen, deswegen sitzen wir ja vor allen Dingen auch hier.

Was heißt das Ganze? – Alleinerziehende, vor allen Dingen Frauen – das haben wir auch schon gehört –, tragen das höchste Armutsrisiko, obwohl sie mehr Lohnarbeit leisten als Mütter in Paarbeziehungen, das heißt: mehr Erwerbsarbeit, mehr Fürsorgearbeit, mehr Risiko bei geringerer Sicherheit. Hinter diesen Zahlen stehen Kinder, stehen Wohnungen, die kaum bezahlbar sind, steht ein Zeitkonto im Minus, stehen Körper, die erschöpft sind, und das ist keine individuelle Schwäche, das ist ein strukturelles Problem. Was in diesen Debatten oft fehlt, ist das Thema Zeit; Zeit, um ein krankes Kind zu begleiten, um Elternabende wahrzunehmen, in der Mittagspause zu essen, Fortbildungen zu machen oder selbst gesund zu bleiben. Zeit ist nicht neutral verteilt, und wer wenig Geld hat, hat meist auch wenig Zeit. Wenn wir also über Arbeitsmarktpolitik sprechen, dann sprechen wir über Zeitpolitik, über Macht, über Verteilung.

Ich begegne in meiner Arbeit vielen alleinerziehenden Müttern, und ich begegne keiner einzigen, die sagt: Ich möchte nichts beitragen. – Ich begegne Frauen, die arbeiten wollen, aber keinen Kitaplatz finden, der zu ihren Arbeitszeiten passt, und ich begegne Frauen, die ihre Stunden erhöhen würden, wenn Betreuung verlässlich wäre. Ich begegne Frauen, die es aufgegeben haben, die Betreuungsperson zu finden, um die ergänzende Betreuung zu nutzen, denn das muss man selber machen, und ich begegne jenen, die mich fragen, weshalb die flexible Kinderbetreuung bei uns im VAMV leider nicht mehr angeboten wird. Ich begegne Frauen in Pflege, Verkauf, Erziehung, systemrelevant, schlecht bezahlt und häufig befristet, im Schichtdienst, mit wenig Verhandlungsmacht, und dann wundern wir uns über prekäre Lebenslagen.

Ich schaue, dass ich zum Schluss komme! – Prekäre Beschäftigung ist kein Zufall. Sie trifft diejenigen am häufigsten und am härtesten, die ohnehin wenig Spielraum haben. Hier ist der Sozialstaat gefragt. Wenn dann von „Lifestyle-Teilzeit“ – das haben wir auch schon ein paarmal gehört – gesprochen wird, frage ich mich ehrlich: In welcher Realität findet dieser Lifestyle statt? Teilzeit ist für viele Alleinerziehende kein Wunschkonzert, sie ist die einzige Möglichkeit, zwei Vollzeitaufgaben gleichzeitig zu bewältigen: Erwerbsarbeit und alleinige Sorgeverantwortung. Was wir hier sehen, ist die Zuspitzung von Geschlechterungleichheit: Gender-Pay-Gap, Gender-Care-Gap, ungleiche Karrierechancen. Für Alleinerziehende potenziert sich das, auch über das Alleinerziehendsein hinaus, nämlich bis in die Rente. Das ist kein Lifestyle, das ist strukturelle Gewalt. Und wenn bundespolitische Debatten Leistungsbeziehe unter Generalverdacht stellen, nicht genug zu arbeiten, dann trifft das Alleinerziehende bis ins Mark, denn viele arbeiten längst am Limit, nur nicht entsprechend entlohnt.

Ich wünsche mir in Berlin im Gegensatz dazu eine Politik, die sich dagegen stellt, die nicht moralisiert, sondern ermöglicht, eine Politik, die anerkennt: Care-Arbeit ist keine private Nebensache, sie ist die Grundlage unserer Gesellschaft. Und dafür brauchen wir Strukturen, die

es auszugestalten gilt; einige haben wir schon gehört. Am Ende geht es nicht nur um Instrumente, davon gibt es nämlich in Berlin schon sehr viele. Es geht darum, diese nicht abzubauen, sondern diese auszubauen, und es geht um die Schaffung echter Chancen. Es geht um Haltung: Sehen Sie Alleinerziehende als gescheitert oder als Menschen mit Potenzial, Kompetenz, Resilienz und Verantwortung? Berlin kann hier ein Zeichen setzen, für Gleichstellung, für soziale Gerechtigkeit, für Zeitgerechtigkeit. Ich wünsche mir, dass Kinder bei alldem immer mitgedacht werden, ich wünsche mir, dass keine Mutter sich rechtfertigen muss, wie sie ihre Zeit zwischen Arbeit und Fürsorge aufteilt, und ich wünsche mir eine Politik, die strukturelle Ungleichheit nicht individualisiert, sondern abbaut, eine Politik, die Sozialpolitik, Gleichstellung und Familien zusammendenkt, die vorhandene Strukturen ausbaut statt kürzt. Zeit ist nicht neutral verteilt, und Gerechtigkeit entsteht nicht von selbst, aber sie entsteht dort, wo wir uns entscheiden, hinzusehen und zu handeln. – Vielen Dank! Ich freue mich auf Ihre Fragen.

Ich habe bei dieser Ausarbeitung festgestellt, das ist ein kleiner Funfact: Ich kann hier sein, weil ich ergänzende Betreuung habe. Man muss es halbjährlich wieder beantragen, und ich hätte es im Februar machen müssen und habe jetzt große Sorge, dass es beim nächsten Mal eine Schwierigkeit bei meiner Kinderbetreuung gibt. Aber das ist nur ein Funfact am Rande; ich bin sehr dankbar, dass ich das nutzen kann. – Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank für Ihre Stellungnahmen! – Ich war bei der Zeit sehr großzügig, weil uns allen das Thema wichtig ist. Von daher steigen wir jetzt in die Aussprache ein, sprich, die Abgeordneten werden jetzt ihre Fragen stellen, Sie können das bitte mitnotieren, und Sie bekommen dann noch mal die Gelegenheit, darauf zu antworten. In der Reihenfolge, wie die Wortmeldungen hier eingegangen sind, beginnen wir die Aussprache. Frau Golm von der SPD fängt an.

Mirjam Golm (SPD): Vielen Dank an die Anzuhörenden und insbesondere vielen Dank, Frau Otto, dass Sie Ihr persönliches Beispiel hier mit uns geteilt haben! Ich kann nur allzu gut verstehen, wie diese Probleme sind. – Vor dem Hintergrund würde ich gerne noch mal fragen: Wir reden immer so viel von Einelternfamilien, von Alleinerziehenden. Mich würde aber interessieren: Gibt es einen Unterschied zwischen alleinerziehenden Müttern und alleinerziehenden Vätern? Wir haben so viel davon geredet, wie der Anruf von der Schule kommt, wie die Behörden sind, wie der Blick darauf ist, wenn eine Mutter arbeitet, wenn es mal Probleme mit dem Kind gibt. Das ist dann doch ein Unterschied, ob der alleinerziehende Vater da mit dem Kind sitzt oder die alleinerziehende Mutter, die zu wenig sorgt und zu wenig arbeitet. Das würde ich noch mal gerne hören. Dann würde mich interessieren, wie Sie ganz konkret hier in Berlin die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit bei Alleinerziehenden sehen, und einfach mal fragen, welche positiven Maßnahmen in der letzten Zeit gezeigt haben, dass es vorangeht, also ein bisschen besser wird.

Frau Potschka möchte ich fragen: Erleben Sie in Ihrer Arbeit Schnittstellenprobleme, zum Beispiel zwischen Jobcentern, Jugendamt, Behörden? Wo könnte man das noch ein bisschen besser zusammenfassen, damit das funktioniert? Und: Wie funktionieren niedrigschwellige Beratungsangebote, gerade bei Ihnen in den Beratungsstellen? Gibt es dafür genug Ressourcen, oder könnte man da noch was machen? Und dann eine ganz konkrete Frage: In den vergangenen zwei Jahren wurde von Ihnen der Arbeitgeberinnen- und Arbeitgeberpreis niella für besonders alleinerziehendenfreundliche Betriebe vergeben. In diesem Jahr konnte der

Preis nicht erneut verliehen werden. Woran ist das gescheitert, an fehlenden Bewerbungen, an Ressourcen, an strukturellen Rahmenbedingungen? Das würde mich total interessieren, denn das war ja wirklich ein guter Preis.

Frau Tegeler wollte ich fragen: Wie sieht das aus mit Qualifizierungsangeboten, passen die in den Alltag rein, also in die Betreuungsangebote? Lässt sich das überhaupt umsetzen?

Und dann hätte ich eine Frage an alle, auch an den Senat: Auf Bundesebene wird ja gerade schwer darüber diskutiert, im SBG II Änderungen vorzubereiten. Wir haben so viel von Armutrisiko geredet; aus Ihrer Arbeit und aus Ihrer Sicht: Wie wird sich das ganz konkret auf Frauen, insbesondere auf Alleinerziehende auswirken? Wo gibt es da die größten Befürchtungen? Ich habe große Befürchtungen. – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Dr. Haghanipour von den Grünen, bitte!

Dr. Bahar Haghanipour (GRÜNE): Auch von mir vielen Dank! – Und, Frau Otto: Wenn es so sein sollte, dann nehmen Sie Ihr Kind das nächste Mal mit hierher, würde ich sagen. Wir haben dort hinten ja genug Stühle und genug Platz, denke ich. – Es ist ziemlich erschütternd, wenn auch nicht total neu, die Erläuterungen von Ihnen zu hören. Ich höre auch eine große Wut heraus, und ich kann das absolut nachvollziehen. In unserer Gesellschaft wird Care-Arbeit zu wenig wertgeschätzt, dabei – ich kann es nur wiederholen – sind Sie eigentlich die Leistungsträgerinnen und -träger unserer Gesellschaft, und ich würde mir wünschen, dass wir alle darüber sprechen, dass Sie große Leistungsträgerinnen und -träger sind und was Sie Großes leisten und wie leistungsfähig Sie sind; dass wir das einmal umdrehen und auch positiv darüber sprechen und nicht immer dieses: Wir müssen den Alleinerziehenden helfen, weil die so arm dran sind –, sondern: weil das superstarke, leistungsfähige Personen sind.

Frau Otto, Sie sind ja auch auf Strukturen eingegangen. Dazu habe ich zwei Fragen: Welche konkreten Strukturen braucht es Ihrer Ansicht nach und hervorgehend aus Ihrer Arbeit mit Alleinerziehenden genau? Sie sprachen davon, dass es in Berlin bereits einige vorhandene Strukturen gibt. Welche sind dies? Welche halten Sie für ausbaufähig, und welche zusätzlichen Strukturen braucht es? Das war jetzt eine längere Frage, aber lassen Sie mich bitte noch die zweite anschließen: Ich interessiere mich sehr für Gender-Gaps. Bald, in diesem Monat noch, steht auch zum Beispiel der Equal Pay Day an. Sie sprachen ja auch Gender-Gaps an. Könnten Sie aus Ihrer Sicht noch mal kurz darlegen, wie sich diese für Alleinerziehende oder Einelternfamilien durch die Belastung potenzieren und wo aus Ihrer Sicht angesetzt werden muss, um diese zu beseitigen?

Ich würde gern doch noch einmal fragen: Frau Potschka, Sie haben gesagt, weg von Defizit- und Misstrauenslogik. Nach den Arbeitszeitdebatten und auch „Lifestyle-Teilzeit“-Debatten unseres Bundeskanzlers, die wir gerade haben, möchte ich Sie fragen: Nehmen Sie die politische Stimmung so wahr, dass ein ernsthaftes Interesse besteht, das Leben von Alleinerziehenden und Kindern in diesem Land nachhaltig zu verbessern, und wenn nicht, was könnte und müsste aus Ihrer Sicht getan werden?

Allgemein noch die Frage an Sie alle: Wie schätzen Sie den Trend in Berlin insgesamt ein? – Frau Otto, Sie sind ja jetzt zum zweiten Mal in dieser Gleichstellungsperiode zu einem ähnlichen Thema hier in unserem Ausschuss. Wie entwickelt sich das Feld hier in Berlin?

Und meine letzte Frage ist: Was bedeutet die mangelnde Unterstützung in unserer Gesellschaft für Alleinerziehende eigentlich für diejenigen, die nicht alleinerziehend sind, aber zu Hause in einer Gewaltbeziehung mit dem Partner leben? Glauben Sie, dass es einen Zusammenhang zwischen den gesellschaftlich erschwerten Bedingungen für Alleinerziehende, die man sich ja denken kann, auch wenn man nicht alleinerziehend ist, und dem großen Dunkelfeld bei der häuslichen Gewalt? – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat Frau Niemczyk von der CDU jetzt das Wort.

Aldona Maria Niemczyk (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – An Sie noch mal herzlichen Dank! – Ich möchte gerne bei meinen Fragen an Frau Otto mit einem Dankeschön anfangen. Mein Sohn ist jetzt erwachsen, aber ich war auch viele Jahre alleinerziehend, und ich kenne das tatsächlich in- und auswendig, deshalb habe ich mich in Ihren Ausführungen wiedergefunden. Ich muss ehrlich sagen: In 25 Jahren im öffentlichen Dienst habe ich Kolleginnen gesehen, wirklich ganz tapfere alleinerziehende Mütter, die halbtags gearbeitet haben, weil sie zum Beispiel zwei minderjährige Kinder zu Hause hatten, und sich dann noch Stütze abgeholt haben. Das ist zum einen wirklich ein tolles Beispiel für die Frauen, guten Mutes zu sein, und andererseits: Wie deprimierend ist das, dass man mit dem, was man verdient, nicht die Kinder und sich selber ernähren kann? Das ist 25 Jahre her. Wir sind jetzt schon ein bisschen weiter in unserem Tun für die Alleinerziehenden und ihre Familien, also ihre Kinder, aber dennoch nicht so wirklich. Das irritiert mich und motiviert mich auch in meinem Tun. Ich möchte Sie wirklich einladen, dass Sie sich an mich wenden und dass wir uns gemeinsam starkmachen für die Frauen.

An Frau Tegeler: Ich kenne Ukrainerinnen, ganz tolle Frauen, Kämpferinnen, sehr gut ausgebildet. Ich hatte vor zwei Tagen in meinem Bürgerbüro drei solcher Frauen, die sich an mich gewandt und um Unterstützung gebeten haben. Ich habe Ideen. Vielleicht könnten wir uns tatsächlich zusammentun und schauen, wo wir die Frauen nachhaltig unterstützen können, weil sie wirklich ein hohes Potenzial darstellen, um unsere Gesellschaft zu unterstützen, sich selber und die Kinder. Das finde ich wirklich ein großes Potenzial mit Unterstützungsbedarf.

Frau Potschka! Ich fühle mich wirklich geehrt, dass Sie zum neunten Mal hier sind. Vor zwei Jahren, als wir uns hier in diesem Rahmen getroffen haben, haben Sie von beispiellosen Beispielen erzählt aus Friedrichshain-Kreuzberg, dass dort Arbeitgeber sind, die die Alleinerziehenden tatkräftig unterstützen. Wie sieht das heutzutage aus? Mich hatte das wirklich sehr gefreut. Dennoch möchte ich gerne erfahren, wie die Situation heutzutage aussieht, ob das nachgelassen hat oder vielleicht noch mal mehr geworden ist an Qualität oder Quantität. Es ist wirklich eine ganz tolle Idee. – Das war es dann von mir. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat Frau Schubert das Wort. – Bitte!

Katina Schubert (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank an die Anzuhörenden! Es waren wirklich sehr – auch mich – beeindruckende Statements. Ich würde gerne ein paar Sachen vertiefend fragen wollen. An Frau Tegeler: Goldnetz war über viele Jahre ein geförderter Träger mit ausgewiesener Expertise in der Arbeit mit Alleinerziehenden, vor allen Dingen im Bereich Qualifizierung und Wiedereinstieg. Was bedeutet es für Sie, wenn solche gewachsenen Strukturen immer wieder neu beantragt werden müssen, nur kurzfristig finanziert sind, immer wieder Personal abgebaut werden muss oder zentrale Bausteine wie die Sprachmittlung wegfallen? – Das haben wir vorhin schon ein bisschen angesprochen. – Welche Auswirkungen haben solche Förderlogiken auf Vertrauen, Kontinuität und nachhaltige Integrationserfolge? Ist es aus Ihrer Sicht sinnvoll, mehrjährige, verlässliche Finanzierungen zu schaffen, auch um verlässliche Strukturen für Alleinerziehende zu sichern? Diese werden wahrscheinlich nicht weniger werden.

Dann: Aus Ihrer praktischen Erfahrung, welche Maßnahmen sind tatsächlich geeignet, Alleinerziehende langfristig in existenzsichernde Beschäftigung zu bringen? Welche Rolle spielen dabei Faktoren wie flexible Arbeitszeiten, flexible Kinderbetreuung, psychosoziale Begleitung und Arbeitgeberkooperationen? – Dass es immer noch Arbeitgeber gibt, die finden, dass Kinder irgendwie ein Risiko sind, ist keine neue Erkenntnis. Das trifft nicht nur Alleinerziehende. Wenn eine Frau keine Oberarztstelle bekommt, weil sie noch mal schwanger werden könnte, dann ist das leider nichts, was aus dem letzten Jahrhundert stammt, sondern was immer noch höchst aktuell ist. Das ist natürlich für Alleinerziehende noch viel existenzbedrohender, als wenn man in einer Partnerschaft lebt, wenngleich es die eigenen Karrieremöglichkeiten deutlich einschränkt.

Viele Alleinerziehende berichten auch von Frustrationen wegen standardisierter Bewerbungsverfahren, die ihre eigene individuelle Lebenssituation kaum berücksichtigen und die die Frage nach Kinderbetreuung, nach flexibler Kinderbetreuung wahrscheinlich als Lifestylefragen begreifen, aber nicht als harten Produktions- oder Standortfaktor, ob man so etwas hat oder nicht, was aus meiner Sicht total kurzsichtig ist. Was bräuchte es aus Ihrer Sicht an Vermittlungsmodellen, um Alleinerziehenden qualifizierte und existenzsichernde Beschäftigung zu sichern und sie nicht in prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu drängen?

In dem Zusammenhang würde ich gerne Frau Otto fragen: Sie haben vorhandene Strukturen erwähnt und in Ihrem eigenen Fall sehr gut dargestellt und haben deutlich gemacht, dass Betreuungslücken geschlossen werden müssen. Können Sie uns noch genauer sagen, welche Maßnahmen hier konkret sinnvoll sind? Was sollte einfach getan werden? – Es muss nicht alles teuer sein. Manchmal muss man nur noch ein kleines Hebelchen umlegen, und plötzlich funktionieren Dinge, bei denen die Ressourcen eigentlich da sind, aber man noch gar nicht richtig auf die Idee gekommen ist.

Flexible und ergänzende Kinderbetreuung erwähnten Sie am Rande. – Inwieweit sind diese Strukturen geeignet, um Betreuungslücken zu schließen? Gibt es hier Chancen, Schranken? Was berichten Ihre Klientinnen, Ihre Beratungssuchenden? Was wäre sinnvoll? Und gibt es gute Beispiele? – Es gibt ja Bezirke, in denen es das gibt, einige wenige. Was müssten wir machen, damit es besser wird?

An Frau Golm anschließen möchte ich die Frage: Was wird eigentlich die SGB-II-Reform für Auswirkungen bringen, gerade in Bezug auf Alleinerziehende und die Chancen von Integration in den Arbeitsmarkt? – Das wären meine Fragen an die drei Sachverständigen.

An die Verwaltung: Gibt es auch aus Ihrer Sicht neue Ideen, was getan werden kann, um die notwendigen Mittel bereitzustellen, um Alleinerziehende nachhaltig und existenzsichernd in Arbeit zu bringen? Denn dass so viele Alleinerziehende auf SGB-II-Leistungen angewiesen sind, auch auf ergänzende SGB-II-Leistungen, müsste ein viel größeres Alarmsignal sein und darf nicht dazu führen, dass man das SGB-II-System noch härter und noch ausschließender gestalten müsste. – Nach unserer Wahrnehmung werden Koordinierungsstellen für Alleinerziehende zunehmend mit zusätzlichen Aufgaben betraut, ohne dass deswegen ihre Ressourcen wachsen. Planen Sie dort strukturelle Veränderungen, um der wachsenden Zahl von Alleinerziehenden gerecht werden zu können? Das würde mich jetzt auch noch interessieren. – Dabei belasse ich es erst mal. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Damit ist die Runde der Abgeordneten beendet, und ich darf der Senatorin das Wort erteilen; sie wollte eine einleitende Stellungnahme abgeben. – Bitte!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank! – An die Anzuhörenden: Sie waren sicherlich auch, zumindest habe ich Frau Potschka gesehen, in der Anhörung zum Antifeminismus dabei. Wir erleben zurzeit – weil der Kulturwandel von Frau Tegeler angesprochen wurde – ein Rollback. Wir haben reaktionäre Tendenzen. Antifeminismus ist überall, in den Medien, offline. Und wir haben diese Angriffe. Damit müssen wir natürlich auch umgehen. Es ist wichtig, dass wir im Rahmen dieser Anhörung noch mal gezeigt haben, was hier zu tun ist. Diesen Kulturwandel brauchen wir unbedingt. Ich habe auch zwei Kinder, und als meine Kinder noch kleiner waren, gab es einen Anruf. Wenn das Kind irgendwie gestürzt oder krank war, haben die immer mich angerufen. Dann habe ich gesagt: Warum rufen Sie denn mich an? Sie können auch den Vater anrufen, es gibt auch einen Vater! – Oder wenn man seine Kinder erst um 17.30 Uhr abholt und nicht um 16 Uhr, auch dann wird man schief angesehen. Deshalb müssen wir gesellschaftlich daran auch noch mal arbeiten.

Auf jeden Fall möchte ich mich für Ihre Arbeit ganz herzlich bedanken. Wir haben in den letzten zwei Jahren das Landesprogramm für Alleinerziehende sehr stark ausgebaut. Es ist gut ausgestattet. Wir haben jetzt in der Landeskoordinierungsstelle zwei Personen, die die Bezirke, die Koordinierungsstellen in den Bezirken unterstützen. Wir sind immer auch dabei zu gucken, wie wir das weiterentwickeln können. Wir haben den Schwerpunkt auf Gute Arbeit und Beschäftigung gelegt, weil es gerade auch wichtig ist, dass Frauen selbstständig und unabhängig sind, um in vielen Bereichen sich auch häuslicher Gewalt zu entziehen.

Ja, und jetzt kommt natürlich auch das SGB-II-Änderungsgesetz noch hinzu. Wir haben dieses Gesetz sehr eng begleitet im AIS-Ausschuss des Bundesrates und haben hier auch unsere Voten zu den vorgesehenen Karenzzeiten – – Das würde bedeuten, dass Menschen ihre Wohnung oder die Kosten erst mal senken müssen; entweder sie übernehmen dann selbst von ihrem Regelsatz die Differenz zu den Mietkosten, oder sie müssten ausziehen, was Alleinerziehende mit Kindern sehr stark unter Druck setzen würde. Das haben wir thematisiert und negativ votiert. Am Montag ist auch die Anhörung dazu im Deutschen Bundestag, und das parlamentarische Verfahren läuft gerade. Wir müssen einen sehr starken Blick darauf haben, noch im parlamentarischen Beratungsverfahren Änderungen am Gesetzentwurf zu erwirken.

Wir sind dran. Ich habe unsere Voten den Kolleginnen im Bundestag, im Ausschuss für Arbeit und Soziales, weitergegeben und darum gebeten, auch die Implikationen der Bürgergeldreform auf Alleinerziehende im Blick zu haben. Da müssen wir sehr achtsam sein, denn es soll jetzt sehr schnell gehen. Die zweite und dritte Lesung soll schon in der Sitzungswoche Anfang März sein. – Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann darf ich Ihnen wieder das Wort geben: In derselben Reihenfolge oder in umgekehrter Reihenfolge, wie hätten Sie es gern? – In umgekehrter Reihenfolge. Dann beginnt Frau Otto. – Bitte sehr!

Melanie Otto (Verband alleinerziehender Mütter und Väter): Vielen lieben Dank für die Fragen! Ich versuche, nicht auf alle einzeln zu antworten, weil sich meine Antworten zum Teil wiederholen würden, was strukturelle Maßnahmen und Weiteres angeht; das versuche ich ein bisschen zu bündeln. Ich schaue trotzdem ein bisschen auf die Fragen, aber mal gucken, was ich bündeln kann.

Gibt es Unterschiede zwischen Müttern und Vätern, alleinerziehenden? Das war Ihre Frage. – Ja, die gibt es; die gibt es sogar in Zahlen. Ich meine, die Bertelsmann-Studie habe ich vorhin schon erwähnt. Das heißt, es gibt einen ganz starken Unterschied, was die Armutsgefährdung angeht. Es ist so, dass aufgrund der Gendergaps, die ja auch meist – – Über 80 Prozent der Alleinerziehenden gehen aus Trennungen hervor. Deswegen setze ich darauf den Fokus; um die geht es ganz besonders. Das heißt, dass es vor einer Trennung ganz oft bereits die Diskrepanzen gab zwischen Lohnarbeit und Care-Arbeit, die viel stärker bei den Frauen angesiedelt war. Deswegen habe ich auch den Computer ganz kurz hier, weil ich die Zahlen – – Ich finde es immer wieder erstaunlich, was diese Zeiten machen, insbesondere bei Frauen mit Kindern, bei denen das jüngste Kind unter 6 Jahren ist. Da ist ein Verhältnis im Durchschnitt von 48,14 Stunden pro Woche Care-Arbeit und nur 12,53 Stunden im Schnitt – ich sage jetzt nur: im Schnitt – Lohnarbeit. Das Ganze gestaltet sich bei den Vätern ganz anders. Deswegen: Die Menschen, die zu uns kommen, entsprechen nicht der Statistik. Es ist nicht so, dass wir ein Verhältnis haben von über 80 Prozent Frauen, sondern wir haben ein Verhältnis von 99 Prozent zu 1 Prozent. Die Gründe dafür sind relativ offensichtlich. Wenn man sich die Bertelsmann-Studie anschaut, die auf diesen Gendergaps beruht, dann ist es so, dass Väter, die alleinerziehend sind, einfach statistisch ältere Kinder betreuen, also ältere Kinder im Haushalt haben und relativ normal weiterarbeiten können, und sie, auch bevor sie alleinerziehend geworden sind, meist in ganz anderen Arbeitsverhältnissen waren. Nicht nur der Gender-Pay-Gap, sondern auch der Gender-Care-Gap spielt da eine wahnsinnig große Rolle. Die Gendergaps – die aktuellsten Zahlen, die ich gefunden habe, lauten wie folgt: Der Gender-Pay-Gap beträgt 18 Prozent und der Gender-Care-Gap 44 Prozent. – Das sagt alles. Das setzt sich natürlich in dem Moment, in dem ich allein die Fürsorgeverantwortung trage, fort.

Auch interessant ist, dass alleinerziehende Väter 11 Stunden weniger Care-Arbeit leisten als alleinerziehende Mütter. Das heißt, auch dort setzt sich noch mal etwas fort. – Sie haben es vorhin auch angesprochen. – Frau Niemczyk! Sie haben auch angesprochen, wie man als Mutter angeschaut wird, wenn man um 17.30 Uhr das Kind abholt, oder wie es ist, wenn ein Vater alleinerziehend ist. Wir haben auch die Rückmeldung, dass Väter ganz oft ganz andere Rückmeldungen bekommen als Mütter. Da ist es überhaupt nicht die Schuldfrage, oder: Oh Gott, man ist jetzt gescheitert! – oder so, sondern: Oh, was für ein liebevoller, fürsorgender Vater! – Also das ist sicherlich auch so, aber da gibt es einfach eine krasse Diskrepanz, wie

Frauen gegenüber reagiert wird. – Das einmal kurz zusammengefasst; es kann sein, dass ich dazu noch mal ganz kurz etwas sage, wenn ich zu der Frage von Frau Haghanipour komme.

Was ich da sehr wichtig finde – Sie haben das auch erwähnt; ich mache es mal thematisch und nicht nach den Personen –, ist, dass man nicht diesen defizitären Blick auf Alleinerziehende hat. Sie leisten viel. Ich habe vorhin gesagt, Sie sind keine Superheldinnen oder Superhelden im Umhang, und trotzdem haben wir eine Superheldinnen-und-Superhelden-Kampagne – ich habe Ihnen da vorne ein bisschen Material dazu hingelegt –, denn sie leisten einfach wahnsinnig viel, und sie sind auch deswegen für den Arbeitsmarkt besonders wertvoll – nicht nur für den Arbeitsmarkt, sondern eben für die Gesellschaft.

Generell finde ich an der Stelle wichtig: Wir unterhalten uns sehr häufig – also über Zeit viel zu wenig –, aber auch dann, wenn wir uns in diesem Kontext unterhalten, ist es sehr selten, dass die Kinder ganz konkret noch mal mitgedacht und benannt werden, denn es ist ja nichts Abstraktes, was da passiert, sondern es stehen auch Familienkonstrukte dahinter. Es wurde gerade gesagt, dass es vor allen Dingen auch ein Problem ist. Das ist auch bei den Gendergaps – – In dem Moment, in dem eine Frau Mutter wird, das Alleinerziehend-Sein potenziert das noch mal, aber in dem Moment, in dem sie Mutter wird, ist einfach eine ganz große Armutsgefährdung vorhanden.

An dieser Stelle würde ich einmal überleiten zu der Frage von Frau Haghanipour – ich glaube, die war von Ihnen – zu häuslicher Gewalt. – Genau, ich war auch bei der Anhörung vorhin schon da. Beim letzten Mal, als ich hier sprechen durfte, ging es genau um häusliche Gewalt und Umgangsmodelle. Was wir tatsächlich beobachten: Es sind auch in den Beratungssituationen extrem viele Frauen, die sich nicht trennen aufgrund der strukturellen Benachteiligung von Alleinerziehenden. Sie finden, allein in Berlin, keine Wohnung. Oder, gerade wenn es Frauen sind mit – – je nachdem, was für ein Bildungsstand da ist, ob sie die Sprache sprechen. Zum Teil haben sie gar kein eigenes Konto oder Ähnliches. Also diese Zahlen steigen enorm. Das ist natürlich auch im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt und der Nichttrennung, weil die Angst vor dem, was danach kommt, so groß ist, wahnsinnig kontraproduktiv.

Dann ging es bei Ihren Fragen ganz viel um die konkreten Strukturen. – Ich fange mal hinten an, weil es mir jetzt noch am meisten im Kopf ist und wir gestern im Familienbeirat auch einen Beitrag dazu hatten. Es gibt eine Strukturstelle, die bei SHIA e. V. angesiedelt ist, zur ergänzenden und flexiblen Kinderbetreuung. Ich fange damit an, weil auch die Frage danach kam, was es an positiven Strukturen gibt und welche Strukturen dazu beitragen können, dass Alleinerziehende dauerhaft existenzsichernd arbeiten können. Das ist bei mir kein Einzelfall, dass ich durch diese ergänzende Betreuung jetzt hier sitzen kann, sondern das ist einfach wahnsinnig hilfreich. – Ich habe gestern einmal nachgefragt: Wie viele sind es berlinweit? – Ich hatte auch mal bei Frau Potschka nachgefragt, wie viele es in ihrem Bezirk sind. Ich habe die Zahl vergessen, aber es war zweistellig. 64, ist es so richtig? – Genau, 64 Personen in dem Bezirk können die ergänzende Betreuung nutzen. Berlinweit sind es von den 65 000 Alleinerziehenden 300 bis 400. Ich gehe davon aus, dass der Bedarf weit größer ist. Das, was bei uns ankommt, ist definitiv: Er ist größer. – Es war ein fatales Signal, dass MoKiS erst mal komplett gestrichen wurde; jetzt ist es in der Umstrukturierung wieder mit drin. Es gab auch eine Auflage, und das ist in Ordnung, dort einmal zu schauen, wenn man so etwas finanziell ausstattet, ob es funktioniert oder nicht. Die Frage ist: Warum funktioniert das nicht? – Wenn man das Instrument in der Praxis betrachtet: Die Hürden – danach wurde auch gefragt – sind

in dem Fall extrem hoch. Man muss sich eigentlich selbst eine Betreuungsperson suchen. Da gibt es auch sprachliche Hürden; das haben wir auch von Frau Tegeler gehört. Man muss selbst – oder musste dann – bei MoKiS eine Annonce schalten; die musste man selbst formulieren. Da gab es auch keine Unterstützungsleistungen oder Ähnliches. Es soll formlos sein. Das ist auf der einen Seite schön, aber man bekommt dann keine Bestätigung per E-Mail oder Ähnliches. PDFs darf man nicht schicken. Man weiß dann aber nicht, warum die Mail nicht angekommen ist. Frau Szabó hat uns gestern mitgeteilt, dass es beispielsweise in einem Bezirk ein Jahr lang gar keine zuständige Person für die ergänzende Betreuung gab und somit auch keine Anträge gestellt werden konnten. – So etwas ist total schade, denn es gibt diese Möglichkeit, es ist gesetzlich zugesichert, und genau deshalb ist es so wichtig.

Zudem ist es so, dass damit noch andere bürokratische Hürden einhergehen. Ich habe meine Betreuerin im Jugendamt gefragt: Warum darf ich das nicht auf zwei Personen verteilen, denn es ist so schlecht bezahlt? – Das muss man einfach dazusagen; wenn man sich das alles ausrechnet mit den Versicherungen, die Sie abschließen müssen und so weiter, die Fortbildungen sind nicht in der Zeit mit inbegriffen, die müssen Sie auf Ihrem Zeitkonto machen, da muss man erst mal jemanden finden, der dazu bereit ist, und dann es ist so schlecht bezahlt, dass man eigentlich unter den Mindestlohn kommt. Was ich sehr befürworte: Dass es in Berlin einen ein bisschen höheren Mindestlohn gibt. Aber da sieht man dann schon ganz klar: Qualifizierte Fachkräfte findet man dafür nicht; man findet Studentinnen und Studenten. Und wenn man fragt: Okay, können sich das zwei teilen, denn ich habe den Bedarf von soundso vielen Stunden? –, dann heißt es: Nein. – Wenn man fragt, warum, dann bekommt man keine Antwort. Das ist einfach ausbaufähig. Es ist aus meiner Sicht eine gute Struktur, die im Land Berlin stärker in den Fokus genommen werden sollte.

Eine weitere Struktur wurde angesprochen, das ist die flexible Kinderbetreuung. Diese ist kostenfrei. Sie ist nicht gesetzlich zugesichert. Deswegen ist sie in den bezirklichen Haushalten verortet. Der einzige Bezirk, der es im Moment sozusagen eingestellt hat, ist Mitte. In Lichtenberg, das habe ich gestern gehört, ist es heruntergenommen worden. Und in Neukölln gab es das leider nicht mehr. Wir haben auch vom Familienbeirat sehr ausführlich in den Familienbericht aufgenommen, warum das so wichtig ist, diese flexible Kinderbetreuung beizubehalten. Für Alleinerziehende ist sie wahnsinnig wichtig, denn was passiert, wenn man erwerbstätig ist, ist: Man geht einfach nicht mehr zum Arzt. – Sie haben auch nach psychosozialer Unterstützung gefragt; diese ganzen Dinge sind da mitabgedeckt, weil man sie einfach unkompliziert nutzen kann. Das gab es auch mal bei uns im VAMV, aber es wurde bezirklicherseits nicht mehr finanziert. Ich bin da gerade dran. Ich hoffe, dass es irgendwann so aussieht – es sollten drei sein, es waren drei, jetzt ist es leider nicht mehr der Fall –, dass es wieder ausgebaut werden kann, denn auch dort muss man sich jetzt keine neuen Strukturen überlegen. – Das war jetzt relativ lang dazu.

Ansonsten gilt: Die Handlungsempfehlungen vom Familienbericht und auch von den Gesundheitszielen für Alleinerziehende darf man sich auch zu Gemüte führen und diese als Grundlage benutzen. Es gilt auf jeden Fall, eine care- und diskriminierungssensible Arbeitskultur als Standard zu setzen. Da ist sicherlich die Politik auch in der Verantwortung, gesellschaftliche Standards zu setzen und das nicht nur hier in diesen Räumen zu lassen, sondern nach außen zu tragen und sich da auch abzugrenzen gegenüber der Bundespolitik. Das finde ich superwichtig.

Ansonsten: Kinderbetreuung als Selbstverständlichkeit bei allen Fortbildungen und Veranstaltungen, Podien und so weiter, Ausbau und Verstetigung von Unterstützungsstrukturen, von funktionierenden Projekten für Alleinerziehende. Sie haben vorhin – ich freue ich mich sehr, dass Sie das gesagt haben – die bezirklichen Strukturen genannt, die sehr erfolgreich umgesetzt werden. Es gab mal die Gerüchte oder den Plan, irgendwie drei Bezirke jeweils zusammen zu machen. Ich finde es nicht sinnvoll, in diese Richtung zu gehen, sondern befürworte, das bezirklich, wohnortnah zu machen. Es sind wahnsinnig wichtige Kooperationspartnerinnen und -partner. Wir arbeiten eng mit allen Stellen zusammen. Das muss unbedingt beibehalten werden. Es sind funktionierende Strukturen vorhanden, und die unterstützen Alleinerziehende und entlasten auf der Seite dann auch den Arbeitsmarkt beziehungsweise erleichtern den Einstieg. Ähnlich geschieht das mit Projekten wie SHIA. Ich weiß gerade nicht mehr, wer die Projektfinanzierung angesprochen hat, aber da geht es auch um KOBRA, es geht es um BERIT. Es sind viele Strukturen, die projektfinanziert sind und bei denen es wichtig ist, das auch zu hinterlegen. Auch mit RAUPE & SCHMETTERLING kooperieren wir ganz eng.

Entgeltgerechtigkeit und gleiche Aufstiegschancen: Das ist auf jeden Fall etwas, was auch mit Haltung zu tun hat und wo Sie in der Politik – es gibt nachher sicherlich noch einige Punkte dazu – vorangehen können. – Möglichkeit zur Freistellung für Gesundheitsvorsorge auch in kleinen und mittleren Unternehmen: Im Austausch habe ich auch festgestellt, dass es bei mittleren und kleinen Unternehmen oft viel einfacher ist. Es gibt auch Best-Practice-Beispiele. Am Rande: Mein erster Job war bei „Erfolgsfaktor Familie“, und ich habe damals die Datenbank für Best-Practice-Beispiele für Arbeitszeitmodelle mit aufgebaut. Da kann man sich auf jeden Fall inspirieren lassen. Darauf können Sie auch verweisen. Es ist bundesweit ausgelegt. Da kann der Fokus vielleicht noch stärker – vielleicht können Sie das initiieren – auf Alleinerziehende gelegt werden. Die einzigen zwei Positivbeispiele, die ich gefunden habe, wo es gut funktioniert: Die Begründung war Wechselmodell, und das andere: erweiterter Umgang – oder Nestmodell. Genau, das waren die zwei Beispiele, die ich gefunden habe, von Alleinerziehenden, wo das wunderbar funktioniert, aber da wird die Verantwortung wieder an die Alleinerziehenden abgegeben, und das ist an der Stelle einfach nicht richtig. Da gibt es sicherlich noch andere gute Beispiele.

Rahmenbedingungen für eine eigenständige Existenzsicherung im Lebensverlauf: Es gibt auch dort Dinge wie eine existenzsichernde kurze Vollzeit – als Beispiel. Da kann man auch in andere europäische Staaten schauen, wo die Viertagewoche bei vollem Lohnausgleich schon positive Effekte erzielt hat. Das Topsharing wurde vorhin genannt, das man ermöglichen und fördern sollte, Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten, die nicht nur Kinderbetreuung haben, sondern eben auch genau diese Flexibilitäten, aber auch anpassbare Formate, sage ich mal. Was natürlich wunderschön wäre, und das liegt sicherlich in der ferneren Zukunft: wöchentliche oder monatliche Mindestlöhne statt eines Stundenmindestlohns, gerade bei Alleinerziehenden, denn dann ist es vielleicht auch so, dass der reicht. Hinzu kommen die Aufwertung sozialer und pflegerischer Berufe und die Standardisierung von Qualität und Verlässlichkeit der Kinderbetreuung, denn auch die Qualität ist ein ganz wichtiges Merkmal. Da gehen Sie in Berlin schon mit vielen Dingen voran – das auch als positive Entwicklung. Arbeitszeit- und Arbeitsortsoeveränität statt starrer, reaktionärer Strukturen, die quasi 100 Jahre alt sind – diese Vollzeitnorm ist einfach veraltet –: Wenn es ein Recht darauf gäbe, also wenn man da rechtlich etwas verankern könnte, könnte Berlin auch dort vorangehen. Wie schwierig das ist, müssen Sie dann noch mal schauen, aber ich glaube, das ist ein ganz großer Punkt – und diese anpassbaren, flexiblen und individuellen Arbeitsmodelle. Und:

Kinder müssen dabei immer mitgedacht werden. Für uns als VAMV, die Forderung ist auch nicht neu, und das muss in den Bund reingetragen werden, ist es einfach auch die Besteuerung, die die Unabhängigkeit stärkt – wir hatten das vorhin auch –, statt Abhängigkeit zu belohnen.

Wir hatten vorhin auch das Thema Care-Arbeit. Wir sind Mitglied – da können Sie die Forderungen gerne auch noch mal supporten – in der LUA. Das ist die Liga für unbezahlte Arbeit, die Carewerkschaft; der Name fällt mir ein bisschen schwer. Die Forderung, und das spielt so ein bisschen rein in diese Diskriminierungsdebatte, die Familienform als Diskriminierungsmerkmal zu definieren, ich glaube, das ist ein ganz großer Aspekt, der langfristig wirken kann. – Ich hätte noch ganz viel zu sagen, aber ich lasse jetzt mal den Kolleginnen das Wort; sonst höre ich nicht mehr auf.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank für die umfangreichen Antworten! – Ich muss ein bisschen auf die Uhr gucken, denn wir haben wirklich noch ein paar Dinge anzuarbeiten. – Frau Potschka, Sie haben das Wort! – Oder, Entschuldigung, in umgekehrter Reihenfolge wäre das erst einmal Frau Tegeler!

Pauline Potschka (Koordinierungsstelle für das Netzwerk Alleinerziehende in Friedrichshain-Kreuzberg): Alles klar! – Wir machen es der Reihenfolge nach, wenn Sie das möchten.

Natascha Tegeler (Goldnetz): Ich würde mich ganz gern noch den Worten der Senatorin zum Kulturwandel anschließen. Oder: Ich habe das Wort „Kulturwandel“ gebracht; ich glaube, wir brauchen eher eine Revolution, wenn ich mir den Rollback anschau, den wir zu verzeichnen haben. Da reicht ein Wandel nicht mehr. – Vielleicht auch ein kleines Beispiel, um noch mal zu unterstützen, was Frau Otto gesagt hat, die unterschiedliche Wertigkeit von Care-Arbeit bei Männern und Frauen: Ich habe mit meinem Mann vertraglich geregelt, bevor wir die Kinder bekommen haben: Beim ersten gehe ich in Elternzeit, beim zweiten er. – Es hat sich dann zufälligerweise so ergeben, dass er sich in der sorgenden Rolle eigentlich viel wohler fühlt als ich. Jedes Mal, wenn er zum Kinderarzt geht, bei jedem Elternabend, wo er ist, egal von wo er die Kinder abholt: Das ist ja toll, was Sie für die Kinder machen! – Wenn ich da stehe: Sie sind ja schon wieder zu spät! – Es ist nur eine kleine Anekdote aus meinem Leben zu dem Thema.

Ich würde ansonsten ganz gerne etwas zur Qualifizierung und zum begleiteten Einstieg in den Arbeitsmarkt und Projektförderungen sagen. Als Erstes war die Frage: Passen die Qualifizierungsangebote in den Alltag von Alleinerziehenden? – Da würde ich gern noch mal einen Schritt zurückgehen und an das anschließen, was wir schon gehört haben und was Frau Niemczyk vorhin auch gesagt hat. Alleinerziehende sind eine sehr heterogene Gruppe. Sie ist sehr divers auf unterschiedlichen Diversitätskriterien. Bei einem nicht unerheblichen Teil der Alleinerziehenden ist Qualifizierung nicht das Thema. Die sind qualifiziert. Die ganzen zugewanderten Ukrainerinnen, die wir hier im Land haben, viele Frauen aus Syrien, aus Iran sind hoch qualifizierte Frauen mit Studienabschlüssen. Vielleicht muss es in den Berufen mit Beschränkungen hier und da eine Anpassungsqualifizierung geben, um die volle Berufsankennung zu erzielen. Viele Berufe sind frei, und da sind diese Frauen hoch qualifiziert. Die Qualifizierung, die in diesem Bereich fehlt, ist die Sprache, und die Sprache ist das A und O, um in Deutschland zu arbeiten, wenn Sie nicht in Start-ups arbeiten, wo die Umgangssprache Englisch ist, was die meisten beherrschen.

Ansonsten gibt es natürlich Frauen, die sehr früh Mutter werden, vielleicht nie einen Vater hatten – oder er recht schnell abhandenkommt, aus welchen Gründen auch immer, sei es Trennung, seien es andere Gründe –, die noch keine Qualifizierung haben, das heißt, die eine Ausbildung machen müssen. In solchen Fällen funktioniert unserer Erfahrung nach eine konsequente Teilzeitqualifizierung ganz gut, genauso wie im Bereich Förderung der beruflichen Weiterbildung Teilzeitmodelle, die sich nach Regelkitazeiten richten, also die in den Zeiten von 9.30 Uhr bis 13.30 Uhr stattfinden, dann natürlich eine längere Dauer haben, sehr gut funktionieren. Es funktioniert auch sehr gut, weil die meisten Alleinerziehenden nämlich Topmanagerinnen im Zeit- und Selfmanagement sind, begleitende Onlinemodule, Selbstlernerinheiten dazu zu machen, die die Frauen dann noch machen, denn Motivation ist auch unserer Erfahrung nach – du hast es auch schon gesagt, Melanie – nicht das Problem. Die meisten sind motiviert, das Ihre beizutragen, für ihren Lebensunterhalt, den Lebensunterhalt ihrer Kinder aufzukommen und dadurch auch Autonomie zu erlangen und gesellschaftliche Teilhabe in allen Bereichen zu erreichen. Das heißt, so ganz pauschal finde ich die Antwort schwierig, aber was auf jeden Fall notwendig ist, ist ein Ausbau der Teilzeitfortbildungsmöglichkeiten, denn die sind im Vergleich zu den Vollzeitmöglichkeiten noch sehr gering und auch nicht flächendeckend für alle Berufe vorzufinden.

Zu der Frage: Was gut funktioniert gut? – Bleiben wir mal bei den Frauen, die eine hohe Qualifikation haben, die jetzt vielleicht die sogenannten Lücken im Lebenslauf haben und sich deswegen kaum noch trauen, sich qualifikationsadäquat zu bewerben. Was unserer Ansicht nach gut funktioniert, ist im Prinzip das, was ich eben schon kurz ausgeführt habe: Engagement in den Quartieren, in den Stadtteilen, keine zentralen Angebote, sondern wohnortnah und aufsuchend, niedrighschwellig beginnend, sodass es keine großen Anmeldungshürden gibt. Man braucht keine Gutscheine vom Jobcenter, wo man wieder erst mal hingehen und die beantragen muss und dieses und jenes. Wir haben sehr gute Erfahrungen damit gemacht, dass wir uns an die Stadtteilzentren, an das Quartiersmanagement gehängt und Sprechstunden an sowieso schon zugänglichen Orten geschaffen haben, sei es mit Eulalia Eigensinn in Spandau, wie auch immer, also mit Kooperationspartnern, wo die Alleinerziehenden schon sind, Anlauf- und Beratungsstellen zu bieten und von dort aus in Arbeitsmarktintegrationsprojekte überzuleiten, wo schon Vertrauen geschaffen wird, aber mit einem ganz niedrighschwelligem Zugang.

Dort bieten wir den Frauen erst mal diesen Dreiklang an: einmal Gruppenangebote – das habe ich eben schon kurz skizziert –, die sehr auf Empowerment und Netzwerkbildung setzen, die auch darauf setzen, dass Gruppen rausgehen und sich das Quartier oder Arbeitgebende erobern, dann individuelle Begleitung, denn jeder Fall ist anders, jede Frau muss anders begleitet werden, vor allem auch Begleitung nach dem Berufseinstieg, weil das unserer Ansicht nach die nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt sichert, denn sehr viele überstehen die Probezeit nicht, weil Ansprüche der Arbeitgebenden und Lebensrealität der Frauen ungut aufeinandertreffen und keine Strategien vorhanden sind für Frauen, die lange aus dem Erwerbsleben draußen sind oder mit Kindern noch nie erwerbstätig waren, um mit diesen Herausforderungen so umzugehen, dass es nicht auf die Gesundheit oder auf die Arbeitsqualität geht und so weiter.

Und der dritte Punkt ist für uns ganz integral, das ist die Begleitung der Arbeitgebenden, ob sie klein sind – – Die großen haben oft Instrumente. Wenn ich zum Beispiel an die Kliniken in Spandau denke – wir sind sehr viel in Spandau unterwegs oder in Steglitz, in Lichterfelde-

Süd –, die haben Instrumente, die haben Personalentwicklungsinstrumente, die haben Modelle, aber gerade kleine und mittelständische Unternehmen, so bis zu 500 Mitarbeitenden, haben diese Instrumente großenteils nicht, und die müssen begleitet werden. Die haben oft keine Personalabteilung. Führung wird durch Fachpersonal durchgeführt, das keinerlei Führungsausbildung hat, wo eine Begleitung stattfinden muss, um überhaupt Arbeiten anders denken zu können, als sie es selber können, was, glaube ich, oftmals gar nicht am Unwillen liegt, sondern einfach am Nichtkennen der Best-Practice-Beispiele: Was geht? Was ist einfach zu machen? Wo bekommen wir Unterstützung her, sei es von der INQA oder sonst woher? Wie können wir das gestalten? –; also die Arbeitgebenden zu begleiten, zu coachen und auch da Verweisberatung vorzunehmen.

Was unsere Realität bei Trägern angeht: Ich glaube, viele Träger haben dieses Projekt mit den Modellprojekten. In vielen Arbeitsmarktintegrationsprojekten, auch bei denen für die Alleinerziehenden, müssen wir alle zwei bis drei Jahre neue Modellprojekte beantragen. Die müssen Erprobtes mit innovativen Gedanken verbinden, und es ist manchmal gar nicht so einfach, wenn Sachen funktionieren, sich permanent neue Innovationen auszudenken. Zudem ist es auch für unsere Kundinnen – Kundinnen in diesem Fall tatsächlich – schwierig zu verstehen, warum alle zwei Jahre alles anders sein soll. Wir müssen dann mit neuen Förderinstrumenten neu anfangen, wieder neue Zugangswege aufbauen. Was wir uns eigentlich wünschen, ist, in den Bezirken eine kontinuierliche Struktur bieten zu können, wo wir – ähnlich wie bei euch mit den Netzwerkkoordinierungsstellen für die Alleinerziehenden – für die Arbeitsmarktintegration eine kontinuierliche Arbeit aufstellen können, die fest im Bezirk etabliert ist, die bekannt ist, die von den Vernetzungsstellen anerkannt wird und wo die Frauen wissen, dass sie eine verlässliche, kontinuierliche und vor allem auch erfolgreiche und gut evaluierte Begleitung in den Arbeitsmarkt vorfinden. Das wäre ein Wunsch, den wir hätten, hier auch Kontinuität für die Nutzerinnen oder für die Kundinnen zu schaffen, um eine stabile Struktur zur Arbeitsmarktintegration zu bieten. Und über ein bisschen weniger Bürokratisierung würden wir uns auch schrecklich freuen. Es geht gerade sehr viel zur IBB. Ich bin seit zwei Wochen damit beschäftigt, meinen Zugang zur IBB zu erlangen, und es ist mir immer noch nicht gelungen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann wünschen wir Ihnen viel Erfolg dabei!

Natascha Tegeler (Goldnetz): Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Ich muss ein bisschen auf die Uhr schauen. Es tut mir sehr leid, auch wenn uns das Thema sehr wichtig ist, aber ich renne hier ein bisschen gegen die Uhr, weil wir noch mehrere Tagesordnungspunkte haben. – Frau Potschka, Sie hätten jetzt das Wort.

Pauline Potschka (Koordinierungsstelle für das Netzwerk Alleinerziehende in Friedrichshain-Kreuzberg): Vielen Dank! – Ich versuche, Sachen ein bisschen thematisch zusammenzufassen, damit wir ein bisschen flottikarotti durchkommen. – Frau Golm! Sie haben nach Schnittstellenproblemen zwischen Jobcenter, Jugendamt und anderen Behörden gefragt. Ich kann sagen, dass die unterschiedliche Bearbeitungszeiten haben und dadurch auch eine unterschiedliche Verfahrenslogik, was dazu führt, dass Abstimmungen nicht passieren. Das führt zu einem höheren Klärungs- und Erklärungsbedarf bei den Alleinerziehenden. Wir merken auch immer wieder: Wenn wir zum Beispiel eine Onlineschaltung mit dem Jugendamt haben

und das Jobcenter kommt dazu, dann haben die ein anderes Portal, können das nicht nutzen. Wir merken immer, dass die Verfahren nicht so ineinandergreifen, aber wir versuchen, darauf aufmerksam zu machen und auch in unserer Arbeit vor Ort die Bruchstellen zu benennen.

Dann zum Thema niedrigschwellige Beratungsangebote: Dazu kann ich nur ganz klar sagen: Je niedrigschwelliger die Beratungsangebote sind, desto besser, denn alltagsnahe Formate funktionieren extrem gut. Ich kann von meiner Kollegin sagen: Die Anlaufstelle für Alleinerziehende in Friedrichshain-Kreuzberg hat jetzt eine Gruppe „gemeinsam Briefe öffnen“ gestartet. Das klingt jetzt total banal, aber viele haben extreme Hürden, haben Angst und sind auch der deutschen Sprache nicht immer perfekt mächtig. Die hoch qualifizierten Alleinerziehenden kriegen sich extrem gut organisiert. Wir wollen an die ran, die vielleicht irgendwo runterfallen. Uns ist es ein Herzensanliegen, dass sie abgeholt werden. Wir wollen an die stillen und überforderten Alleinerziehenden ran.

Dann ganz konkret: Kostenfreie Rechtsberatung fehlt und ist auch nur eingeschränkt verfügbar. Auch spezialisierte Beratungsangebote für Alleinerziehende sind chronisch überlastet. Insbesondere die häusliche Gewalt ist bei uns im Bezirk stark vorhanden. Frau Klapp war letztes Jahr auf einer Fachveranstaltung bei uns im Bezirk, und da kam deutlich zutage: Alle wollen das Thema sehr gerne bearbeiten, aber es fehlt wirklich an den Angeboten. Wir wissen, da wird ja bald etwas geschaffen.

Dann ging es um den niellA-Unternehmenspreis. Erst mal kann ich sagen, dass ich regelmäßig beim Friedrichshain-Kreuzberger Unternehmerverein an den Wirtschaftsstammtischen teilnehme und bei regelmäßigen Abendveranstaltungen dort bin, und ich merke immer wieder, dass sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sehr scharf verändert haben. Das heißt, dass viele Betriebe eher mit der eigenen Existenzsicherung beschäftigt sind. Es ist nicht ihr Thema, dass sie kein Interesse an Alleinerziehenden haben, sondern es liegt daran, dass sie vielleicht gerade massiv mit Stellenabbau beschäftigt sind oder schauen müssen, wie sie die steigenden Energiekosten finanzieren oder umgelegt bekommen. Auch der internationale Druck ist nicht zu unterschätzen. Dann auch besonders: Welche Branchen sind wo vertreten? – Da passiert gerade ein großer Umbruch, und es fehlt oft an zeitlichen und personellen Ressourcen. Das ist oft das große Thema, und da kann in einer Bewerbung für einen Unternehmenspreis ein zu großer Aufwand bestehen. Immer, wenn on top noch etwas dazukommt, ist es dann einfach zu viel. Familienfreundlichkeit wollen die Unternehmen gewährleisten, aber wenn die Existenz des Unternehmens gerade gesichert werden muss, dann ist das der Fokus. – Ich hoffe, ich habe jetzt die Fragen von Frau Golm beantwortet.

Dann gehe ich flottikarotti weiter. Es wurde etwas mit Defizit und Misstrauenslogik gefragt, zur politischen Debatte. Dazu kann ich nur sagen, Alleinerziehende und auch ihre Kinder sind stark davon betroffen. Vor allen Dingen dieser Druck, in Vollzeit arbeiten zu gehen, hat zur Folge, dass die Kinder die Leidtragenden sind. Was muss getan werden? – Grundsätzlich muss erst einmal geschaut werden, wo die Alleinerziehende individuell steht. Ich kann mal ein Beispiel einbringen, ich darf das hier benennen: Letzte Woche Freitag hat sich eine approbierte Ärztin an mich gewandt, die bei mir im Bezirk lebt. Sie ist alleinerziehend, und nach der Elternzeit findet sie seit zehn Monaten keinen Job. Die Frau ist hoch ausgebildet, spricht drei Sprachen fließend und findet keinen Job, weil sie nicht wieder in den Klinikalltag zurückgehen kann. Sie kann einfach nicht in Schichtarbeit arbeiten, am Wochenende oder die Spätschichten übernehmen. Sie sagt, es ist so einfach nicht möglich. Und die fällt gerade total

durchs Raster. Sie hat mir erlaubt, das hier zu sagen. – Dann geht es weiter. Ich versuche, ein bisschen auf die Tube zu drücken.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank!

Pauline Potschka (Koordinierungsstelle für das Netzwerk Alleinerziehende in Friedrichshain-Kreuzberg): Ich bin redlich bemüht! – Dann die Frage: Was braucht es konkret am Arbeitsmarkt? – von Frau Schubert: Es braucht flexible Arbeitszeiten, und zwar von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, aber ganz konkret auch Beratung für die Arbeitgeber, was sie tun können. Jede Branche ist unterschiedlich. Produzierende Unternehmen können nicht immer im Homeoffice agieren, und auch verschränkte Produktionsketten sind nicht immer im Homeoffice möglich. Da muss noch mal geschaut werden, was man konkret tun kann, und die Unternehmen brauchen hier ganz klar Beratung und Unterstützung.

Habe ich eine Frage vergessen? – Zum SGB II wurde noch gefragt. Es wird gerade über die Novellierung des SGB II gesprochen. Ich war letzte Woche bei einer Veranstaltung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, und da ging es unter anderem genau darum. Das große Problem ist gerade die Digitalisierung, was total nett gemeint ist, aber schwierig in der Umsetzung, weil viele Menschen gar nicht die Endgeräte beziehungsweise gar nicht dieses Datenvolumen dafür haben und schlicht überfordert sind. Die Beratungsstellen bei mir im Bezirk, die Sozialberatung anbieten, sagen, sie sind massiv überfordert. Die Authentifizierung funktioniert schlecht beziehungsweise sehr schwer. Das erhöht die Schwierigkeit. Es ist einfach eine never-ending story. Was ich höre, ist die Angst. Es wird ja auch darüber gesprochen, dass man Alleinerziehende noch schneller in Vollzeit in Arbeit bringen möchte, und ich kann mich nur meinen Kolleginnen hier an der Seite anschließen und sagen: Wir haben hochqualifizierte Frauen, auch aus anderen Ländern, und ich verstehe nicht, warum man nicht schaut, was man tun kann, um sie in den Arbeitsmarkt zu integrieren. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank Frau Potschka auch für Ihre Antworten! – Ihnen allen dreien kann man erst mal gemeinsam kollektiv einen Dank aussprechen! – Ich habe jetzt noch zwei Wortmeldungen und möchte wissen, ob diese Wortmeldungen weiterhin aufrechterhalten werden. – [Zuruf von Aldona Maria Niemczyk (CDU)] – Frau Niemczyk zieht sie zurück. Frau Schubert? — [Katina Schubert (LINKE): Ich habe nur eine ganz kurze, die ich vorhin vergessen habe!] – Ganz kurz, eine halbe Minute. Bitte!

Katina Schubert (LINKE): Welche konkreten Schritte unternehmen die Senatsverwaltungen, um landeseigene Betriebe und Bezirksverwaltungen systematisch dazu zu verpflichten oder zumindest stärker zu motivieren, Führungspositionen in Teilzeit anzubieten, insbesondere für Frauen in Familienverantwortung? Gibt es irgendwelche verbindlichen Quoten? – Das war jetzt schnell, oder?

Vorsitzende Ülker Radziwill: Die Frage haben Sie schnell vorgelesen. Die Antwort wird wahrscheinlich in einer Minute nicht möglich sein, schätze ich, aber dennoch möchte ich der Senatorin die Gelegenheit geben zu antworten. – Bitte sehr!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank! – Eine sehr kurze Frage, Frau Abgeordnete Schubert, die ich gerne kurz beantworten möchte. Wir hatten vor einigen Wochen auch eine Senatsvorlage zu „Führen in Teilzeit“ und haben in dieser Vorlage aufgeführt, wel-

che Modelle es gibt. Wir haben natürlich auch geschaut, was die anderen Bundesländer machen und was der Bund hier macht. Es gibt in Berlin keine verpflichtende Quote für ein Angebot für Führen in Teilzeit. Nichtsdestotrotz wollen wir schauen, wie wir das realisieren können. Es ist natürlich auch eine Finanzfrage, die verschiedenen Modelle zu untermauern. Es gibt verschiedene Modelle, 50 zu 50, 60 zu 60, und dazu braucht man natürlich zusätzliche finanzielle Mittel, um das möglich zu machen. Wir schauen, wie wir das für unser Haus möglich machen können, und jedes Haus, die Senatsverwaltungen und in den Bezirken, ist selber angehalten zu schauen, ob das möglich gemacht werden kann.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Gut, dann sind wir jetzt am Ende dieser Anhörung. Ich gehe davon aus, dass wir diesen Tagesordnungspunkt vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und wir es gemeinsam auswerten wollen. – So verfahren wir. – Dann möchte ich mich noch mal ganz herzlich bei Ihnen, liebe Frau Otto, liebe Frau Potschka, liebe Frau Tegeler, für Ihr Kommen und für Ihre umfangreichen Antworten bedanken. Sie können gerne noch der Sitzung folgen oder sich anderen Themen widmen. – Vielen Dank!

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Parität jetzt – Maßnahmen zur Prüfung der
Einführung eines Paritätsgesetzes**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

[0022](#)
IntGleich

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2245
**Equal Pay-Bericht in der Berliner Verwaltung –
Berlin für mehr Geschlechtergerechtigkeit**

[0190](#)
IntGleich
Haupt(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 7 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der
Fraktion Die Linke
Drucksache 19/2327
**Ergebnisse des Runden Tisches Sexarbeit endlich
umsetzen – Rechte und Schutz von Sexarbeitenden
im Kurfürstentempel stärken**

[0206](#)
IntGleich(f)
ArbSoz
Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 8 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2606
**Menstruation enttabuisieren – Produkte kostenfrei
und niedrigschwellig bereitstellen**

[0228](#)
IntGleich

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 9 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der
Fraktion Die Linke
Drucksache 19/2742
**Konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung der
Istanbul-Konvention in allen Senatsverwaltungen**

[0236](#)
IntGleich

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 10 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2238
**Wohnungs- und Obdachlosigkeit beenden I – Mehr
Schutz und Unterstützung für obdachlose Frauen*
sicherstellen**

[0237](#)
IntGleich
ArbSoz(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 11 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.